

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 156 · 14. JAHRGANG · AUSGABE 1/2008 VOM 11. JANUAR 2008 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | »Betroffenheitsmentalität ist fatales Signal an Investoren« | 3 Jahre Hartz IV – 3 Jahre absolute Verelendung | 13 | Das Braess-Paradox
SPD Eberswalde zur Müllverbrennung | Eberswalder Montagsdemo | Das Jahr der Mathematik in der BBP

»Macher« und »Verhinderer«

Am 18. Januar endet die Frist für Einwendungen im Rahmen des Raumordnungsverfahrens (ROV) zum Flugplatz Finow. Der Stadt Eberswalde wurde eine Verlängerung der Frist bis zum Ende des Monats zugestanden. Nach der Beratung im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt am 8. Januar, werden die Stadtverordneten am 24. Januar über ihre Stellungnahme beschließen. Inzwischen rühren die Flugplatzbefürworter ordentlich die Werbetrommel, während in diversen Runden eifrig diskutiert wird.

Erstaunlich, daß die vor Jahren von Scharlatanen in die Welt gesetzten Illusionen von einem prosperierenden, arbeitsplätzebringenden, wirtschaftsaufschwungfördernden und so weiter Regionalflughafen noch immer ein begeisterungsfähiges Publikum finden. Mit einem nachvollziehbaren ökonomischen Konzept konnten weder damals Josef Brandstetter noch seine heutigen Nachfolger aufwarten. Im Wunderkerzenanzünden hingegen haben beide was drauf.

Brandstetter hatte den damaligen Bürgermeister bestochen, der ihm vor nunmehr elf Jahren 3,25 Millionen Mark auf den Weihnachtsteller legte. Schon Anfang 1996 hatte er den Flugplatz geschenkt bekommen. Der angebliche Verkauf blieb ein Scheingeschäft. Die Verluste haben die stadt-eigenen Technischen Werke inzwischen kaufmännisch ordnungsgemäß abgeschrieben. Verantwortlich wurde nie jemand dafür gemacht.

Die heutigen Betreiber sind, verglichen mit Brandstetter, seriöse Kaufleute. Ganz sicher verfügen sie auch über ein ökonomisches Konzept für ihr Flugplatzengagement. Daß sie das nicht jedem auf die Nase binden, ist nachvollziehbar. Aber wer 1 und 1 zusammenrechnen kann, kommt auch so dahinter. In der »Barnimer Bürgerpost« wurde ihr Konzept schon vor Jahren offengelegt (»Ein Gewerbegebiet mit Flugplatz«, BBP 12/2001 und »Flugplatz-Poker«, BBP 12/2007). Noch immer fehlt dem Gewerbegebiet eine ordentliche Straßenanbindung. Sollte das Flugplatzgelände in Ergebnis des aktuellen ROV eine öffentlich finanzierte Zufahrt bekommen, würden in den privaten Gemächern der Betreiber wohl schon die Sektkorken knallen. Dabei geht es zunächst um die Zufahrt über die schon existierende Realkaufstraße. Die diskutierte Autobahnanbindung dürfte allerdings dem Reich der Träume angehören. Auch die schon sicher geglaubte Anbindung über die Biesenthaler Straße, welche für Ex-Bürgermeister Schulz zuletzt »von höchster Priorität« war, wird es wohl nicht geben. Der aktuelle Entwurf des Verkehrsentwicklungsplans der Stadt Eberswalde empfiehlt den Verzicht sowohl auf den Ausbau der Straße von Finow nach Biesenthal als auch auf die Anbindung des Flugplatzes an die Biesenthaler Straße. So wird auch im Entwurf der Stellungnahme der Stadt zum ROV argumentiert.

In der Stadtverwaltung sind die Realitäten bekannt. Allerdings wirkt die Vergangenheit nach. Die Visionen des »Machers« Schulz sind zum Teil betonierete Realität geworden und finden sich zum anderen Teil noch immer in den städtischen Konzepten und Leitbildern wieder. Beton-Schulz selbst war dabei nur Repräsentant einer Gruppe von Profiteuren des »Fördermittelabjreifens«. Erst 5 nach 12 ließen ihn seine Unterstützer wie eine heiße Kartoffel fallen. Aber selbstverständlich hofft die alte Lobby noch immer auf eine Fortsetzung der alten Politik.

Wirtschaftsförderung steht auch beim neu gewählten Bürgermeister ganz oben auf der Agenda. Freilich mit anderen Mitteln als bei seinem Vorgänger, bei dem Kommunikation hauptsächlich in Kneipenhinterzimmern oder beim Squash im »Fit und Fun« funktionierte. Nicht alle sind über die Öffnung der einstigen Exklusivität begeistert.



Vor einem Jahr war der Kampf um den Erhalt der Allee bei Rüdnitz unser Topthema. Bei einem Erfolg der »Macher« gäbe es dieses schöne Foto nicht (Schöner und in Farbe auf www.bar-blog.de).

In seinem ersten Amtsjahr war Bürgermeister Boginski gleich mit zwei großen Vorhaben konfrontiert, bei deren Umsetzung die Brust seines Vorgängers voller Stolz geschwollen wäre. So gehört beispielsweise die geplante Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil zweifellos zu den nunmehr sichtbar werdenden Erfolgen der Schulzchen Infrastrukturpolitik. Auch die geplante Schnellstraße quer zur Landschaft und den tatsächlichen Bedürfnissen der hier lebenden Menschen gehört zu den »positiven« Resultaten der Politik der Beton-Schulz-Ära. Es kostete und kostet Anstrengungen, diese Projekte zu verhindern.

Und nun das Flugplatzprojekt. Alle wirklich Beteiligten wissen, daß hier nur Schaum geschlagen wird. Aber die alte Betonlobby wittert ihre Chance, auch mit dem neuen Bürgermeister das alte Spiel weiterzuspielen. Der Stempel liegt bereit, dem Bürgermeister im Falle einer ablehnenden Stellungnahme zum Flugplatz-ROV das Wort »Verhinderer« auf die Stirn zu brennen. Vergleiche mit den Eberswalder Altvorderen, die von der Eisenbahn nichts wissen wollten, sind schon gezogen.

Die Öffentlichkeit nimmt von dem ganzen Verfahren realistischere Weise nur am Rande Kenntnis. Was wiederum Chancen öffnet, die Wirtschaftswunderfiktions als allgemein akzeptierte Meinung darzubieten. Darauf rücksichtnehmend liest sich der Entwurf der städtischen Stellungnahme als jubelnde Befürwortung eines künftigen Regionalflughafens. Die eingebauten Fußangeln, wie das geforderte Verbot des Nachtflugs – einer wichtige Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit des Projekts – und die verweigerte Anbindung an die Biesenthaler Straße bleiben im Hintergrund.

Die Vorgehensweise ist nachvollziehbar. Es bleibt die Gefahr, daß, wer mit den Löwen brüllt, womöglich zwischen die Zähne kommt.

GERD MARKMANN

Zum Neuen Jahr

Als ältester Eberswalder Stadtverordneter seit der ersten Kommunalwahl nach der Befreiung von der Diktatur des »Realexistierenden Sozialismus« wünsche ich allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt ein erfolgreiches, gutes und gesundes Neues Jahr mit der permanenten Hoffnung auf weitere Besserung der Lebensverhältnisse für alle Menschen.

Mit den Gesichtspunkten von Ethik und Logik werden wir von der FDP aus stets das Wohl ALLER Menschen im Auge haben. Dazu gehört die Förderung von industrieller Wirtschaft, Handel, Handwerk und Kultur gleichermaßen wie die Lösung der Probleme Arbeitslosigkeit, Armut, Kinderarmut, Bildung, Gesundheit im weitesten Sinne sowie die Wahrung der Natur als Merkmale der Ethik. Die Logik zwingt uns, all dieses politische Geschehen stets so zu gestalten, daß beim Verbrauch der Ressourcen kein Minus entsteht, d.h. Schulden, die unsere Kinder später zahlen müßten, vermieden werden. Die liberale Einstellung zur Politik heißt für mich die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften in unserer Stadt für positive Entwicklungen.

Dr. SIEGFRIED ADLER, Kinderarzt

Amen und Halleluja

Anfang Dezember erreichte uns die Meldung, daß die Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil genehmigt sei.

Haben wir das nicht erwartet? War nicht zwischen Hoffen und Bangen die Gewißheit? Die Gewißheit, daß keine Gelegenheit ausgelassen wird, um Anwälten das tägliche Brot zu bescheren und dem einfachen Volk vorzuhalten, wie unbedeutend sein Wille ist.

Und mit Gewißheit sage ich euch, kein Kommunalpolitiker, der was auf sich hält, wird diese Gelegenheit ungenutzt vorbeiziehen lassen. Sie werden mit gehobenen Augenbrauen Interviews geben und sich die gut gepolsterten Schultern klopfen lassen.

Danken wir alle dem Landesumweltamt, welches einer Dreckschleuder ohnegleichen seinen Segen erteilt hat. Und danken wir der Geschäftsführung der Firma Theo Steil, welche das alles erst möglich gemacht hat.

Lasset uns beten: Schrott unser, der du bist in Trier, unser täglich Autowrack gib uns heute, lasse deinen Schredder zu uns kommen und mache daraus Strom, wir danken dir für die Barmherzigkeit, mit der du 12 Arbeitsplätze schaffst und wir nehmen die Luftverpestung, die du uns bescherest ohne Widerstand hin. Vergib uns den Versuch, unsere Gesundheit zu bewahren, wie auch wir vergeben unserem Landesumweltamt. Amen und Halleluja

ANDY LOSCH

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Beschlossener Mietspiegel ist unzureichend

In der September-StVV wurde über den aktuellen Mietspiegel informiert. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß es sich lediglich um einen nicht qualifizierten Mietspiegel handelt, der zudem noch unbefristet gültig sein soll. Abgesehen davon, daß das der Information widerspricht, als nächsten Mietspiegel einen qualifizierten vorzulegen, kritisieren wir die Erarbeitung eines unqualifizierten, als unvorteilhaft für die Mieter.

Wichtig ist uns dabei die Frage, wie es überhaupt zu einem unqualifizierten Mietspiegel kommen konnte. Wir sehen zwei Ursachen.

1. Die Vermieterlastigkeit in der Zusammensetzung des Gremiums, das den Mietspiegel erarbeitet. So wirkten fünf Vermieterorganisationen mit, aber mit dem Oberbarnimer Mieterverein nur ein Vertreter der Mieter.

2. Der Oberbarnimer Mieterverein, der sich inzwischen als eigener Verein aufgelöst und dem Mieterverein Viadrina Frankfurt/Oder und Umgebung angeschlossen hat, kann nur für die Mieter sprechen, die bei ihm Mitglied sind (und das sind bezogen auf die Gesamtzahl der Mieter die wenigsten) und für die er dann lediglich Einzelberatungen durchführen kann.

Das erfordert Änderungen. So fordern wir, neben dem Mieterverein auch die Mieterinteressenvertretung bei der AfW in das Gremium zur Erarbeitung des Mietspiegels aufzunehmen.

Das hätte auch den Vorteil, eine umfassendere Mietervertretung zu ermöglichen, da unsere Mieterinteressenvertretung die Lösung von Grundsatzproblematiken im Verhältnis Vermieter-Mieter als Aufgabe sieht.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG, Fraktion AfW

»Goldene Kettensäge« an Vizelandrat Bockhardt

Am 14. Dezember kürte der Barnimer Baumschutzstammtisch Carsten Bockhardt (CDU) zum Gewinner der »Goldenen Kettensäge 2007«. Dieser Negativpreis soll zukünftig alljährlich für überragende Verdienste gegen den Baum- und Alleenschutz verliehen werden. Der Vizelandrat, zugleich amtierender Wirtschaftsdezernent im Landkreis, und auch ansonsten der ewige Zweite, hat es nun endlich geschafft: Nach diversen politischen und beruflichen Niederlagen kürte ihn der »Barnimer Baumschutzstammtisch« zum Sieger. Bockhardt hatte sich besonders aktiv für die Fällung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 eingesetzt.

»Zur Wahl haben wir verschiedene Politiker der Kreis- und Landesebene nominiert, die sich aus unserer Sicht in besonderem Maße gegen den Schutz von Bäumen und Alleem »verdient gemacht haben«, sagt Stefan Stahlbaum, Organisator des Barnimer Baumschutzstammtisches. So kamen neben dem CDU-Politiker Verkehrsminister Reinhold Dellmann (SPD), Barnims Landrat Bodo Ihrke (SPD) und die Landtagsabgeordnete Britta Stark (SPD) in die Vorauswahl.

Dr. Andreas Steiner berichtete vom monatelangen Streit mit dem Landkreis Barnim um die Rodung eines mehrere Kilometer langen vitalen Alleeanaltbestandes an der Straße von Rüdnitz nach Danewitz und bis zur L29. Hauptverantwortlicher für das geplante Geschehen an der Kreisstraße K6005 ist zwar Landrat Bodo Ihrke (SPD). Da sich dieser aber zumeist im Hintergrund gehalten hatte, erinnerte sich der Barnimer Baumschutzstammtisch nur allzu gut an die fragwürdigen Winkelzüge des Vizelandrats. Im Konflikt um den Erhalt der Allee bei Rüdnitz bestach Bockhardt durch eine desaströse Informationspolitik, blendete Alternativen konsequent aus, zeigte sich »beratungsresistent« und verteidigte die Anfang des Jahres in zwei Instanzen als rechtswidrig eingestufte Fällgenehmigung für gut 700 vitale Bäume bis zuletzt.

Mit unverständlicher Konsequenz hielt der CDU-Politiker Carsten Bockhardt an den Plänen zur Fällung der Allee bei Rüdnitz fest. Entgegen den Protesten, entgegen des LUA-Bescheids und entgegen eigenem Versprechen.



Gewinner Bockhardt setzte sich knapp gegen namhafte Konkurrenz durch. »Silbermedaliengewinner« wurde Verkehrsminister Reinhold Dellmann. Dieser kam als Auftraggeber für die neue Brandenburgische Alleekonzeption »Strategie 21« in die Kritik. Das Konzept, welches unter den Fachleuten mittlerweile als »Alleewernichtungskonzept« bezeichnet wird, zielt auf gleichmäßige Alleem und auf generelle Neuanpflanzungen nach generellen Abholzungen. Die insbesondere für Biotopverbundsysteme wertvollen älteren Teilbestände von Alleem seien somit in Gefahr, der Kettensäge anheimzufallen. Dagegen sollten Baumrücken lieber zugepflanzt werden und alte knorrige Bäume seien nicht nur für die Umwelt gut, sondern auch für die Landschaftsästhetik und damit die Attraktivität des Barnimer Landes, war sich der Stammtisch einig.

Den »Bronzeplatz« belegte Britta Stark. Die Panketaler Landtagsabgeordnete gilt als die »politische Mutter« der novellierten Brandenburger Baumschutzsatzung, auf deren Grundlage es gerade im Berliner Umland seit 2004 zu Massenfällungen kam. »Die neueren Baugrundstücke wurden meist komplett gerodet. Es ist in den letzten Jahren extrem viel weggekommen«, kritisierte Stefan Stahlbaum.

Die offizielle Preisverleihung ist für den Beginn des kommenden Jahres vorgesehen.

Barnimer Baumschutzstammtisch

Auf blutigem Fundament

Der Finower Wasserturm und die Hirsch'sche Waffenschmiede Messingwerk (Teil 2)

Die offiziellen Reden anlässlich der feierlichen Eröffnung des sanierten Wasserturmes in Finow am 4. Dezember ließen unerwähnt, was die wirtschaftlichen Grundlagen für den Bau des Turms waren. Nachfolgend Teil 2 des Beitrages von KURT BERUS, welcher der Geschichte der Hirsch Kupfer- und Messingwerk AG (HKM) als Waffenschmiede für den 1. Weltkrieg nachspürt.

Bereits in den Anfängen spielte die Produktion von Rüstungsgütern eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Messingwerks. Die industrielle Entwicklung bescherte der Waffentechnik nach den Bismarckschen Kriegen, welche die Gründung des Deutschen Reichs begleiteten, einen nie gekannten Aufschwung. Gustav Hirsch erkannte die Zeichen der Zeit. Das Messingwerk von Aron Hirsch & Sohn entwickelte sich zu einem wichtigen Glied der deutschen Kriegsvorbereitungen.

Mitte der 80er Jahre, berichtet der Hirsch-Vertraute Robert Hensel in seinen Erinnerungen, wurde die Näpfchenfabrikation wieder aufgenommen da »sich die Armaturenfabrik Polte in Magdeburg Sudenberg entschloß, eine Patronenfabrik zunächst für Infanteriemunition einzurichten. Der Firmeninhaber Polte war ein guter Freund Gustav Hirschs... Weiterhin wurden natürlich auch Geschäfte mit anderen Firmen und Behörden abgeschlossen... In Zeiten der Hochkonjunktur wurden täglich 500 - 600.000 Näpfchen hergestellt« Für die Fertigung waren 14 Stanzan aufgestellt worden. Außerdem wurde das Dampfwalzwerk »nun von der Herstellung gewöhnlicher handelsüblicher Bleche entlastet, um sich vollkommen der Herstellung der zur Näpfchenproduktion benötigten Streifen widmen zu können.« Bei dem Dampfwalzwerk handelte es sich um ein schweres Vorwalzwerk, in dem 3 - 4 normale Walzwerke durch eine 120 PS leistende Wolff'sche Lokomobile angetrieben wurde.

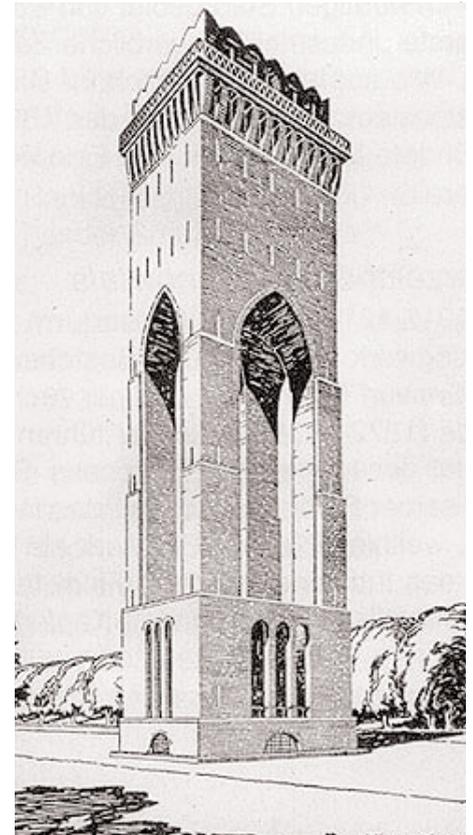
1889 wurde am Finowkanal dann eine »moderne Patronenhütte« errichtet. Allerdings ist der Begriff irreführend, denn es wurden nur Halbfertigteile – Rondeln und Näpfchen, keine fertigen Patronen produziert. Ebenfalls etwa ab 1886 »...wurden auch durch hydraulische Pressen sogen. Kronenrohre von Kupferscheiben hergestellt. Dies sind sehr weite und starkwandige Kupferrohre, von welchem schmale Ringe, sogen. Liderungsringe, abgestochen wurden. Diese Ringe dienen als Führungsringe für Granaten.« Interessant ist, daß Hensel dazu mitteilt: »Die Rohr-Pressen waren die ersten ihrer Art und standen in einem besonderen an die Rohrhütte angebauten Raum. Die an den Pressen beschäftigten Arbeiter waren zur Geheimhaltung ihrer Arbeit verpflichtet.«

Seit 1910 titulierte sich HKM als größtes deutsches Werk für Messingrohre. Jetzt wurden besonders Schiffskondensatorrohre in Admiralty Alloy (70 % Kupfer, 29 % Zink, 1 % Zinn) hergestellt, wobei an die Qualität (keine Ziehriefen) höchste Anforderungen gestellt wurden. Sigmund Hirsch im Rückblick: »Ein Trost für den Ausfall in der Ausstattung der Riesen-Personendampfer mit unserem Rohr war die Beliefe-

rung der Reichsmarine, die damals im großen Aufbau war und für Schlachtschiffe, Kreuzer und Torpedoboote unsere Rohrproduktion beschäftigte... Ich pflegte guten Kontakt mit den betreffenden kompetenten Stellen des Reichsmarineamts und mit seinen Abnahme-Beamten...«

Von rund 180 Beschäftigten im Jahr 1870 stieg die Belegschaft bis 1907 auf 950 Arbeiter. Die Produktion hatte sich von 1865 bis 1907 mehr als verzehnfacht, von 408 auf 5.463 Tonnen pro Jahr. Damit gehörte Messingwerk zu den »Riesenbetrieben«, wie Unternehmen ab 1000 Beschäftigten bei Kriegsausbruch 1914 eingestuft wurden. »Seeger vom alten Walzwerk, Hensel von der Drahthütte und Rieckl von der Patronenhütte, alle drei Meister hatten ihre große Zeit. Munitionsstreifen für Näpfchen für Patronen, Messingscheiben für Artilleriehülsen ohne spezifizierte Mengen, einfach soviel wie möglich! Die Strang- und Teilpresse hatte gleichfalls ihre Zeit. Rundmessing für Artillerie-Geschosshülsen-Zünder, die die Teilpresse im Gesenk schlug. Obwohl sie bis zur äußersten Leistungsfähigkeit der Schulerpressen in drei Schichten arbeitete, ging noch ein viel größerer Teil unseres Rundmessings für Zünder zu Spezialfabriken. Auch Ladestreifen wurden in federhartem Messing in großen Mengen verlangt.« So jubilierte S. Hirsch in seinem Rückblick.

Kein Wunder, daß bei dem Produktionstempo wichtiges Material schnell knapp wurde. Zur Steuerung wurden sogenannte Kriegsgesellschaften errichtet. Deren erste war die am 2. September 1914 gegründete »Kriegsmetall A.G.«, eine Aktiengesellschaft, deren Kapital in Höhe von 6 Millionen Mark von 22 Großunternehmen aufgebracht wurde. Und Aron Hirsch war mit diesen Großindustriellen gut bekannt und so »beteiligte sich die Aktiengesellschaft noch im Jahre 1914 bei der Gründung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft in Berlin. Seit Jahrzehnten hatte sich die Firma bereits durch sogenannte ‚Eventualverträge‘ mit der Regierung für solche außergewöhnlichen Fälle« vorbereitet. Außerdem waren »maschinelle Einrichtungen und Metallvorräte ... dauernd in Bereitschaft gehalten« worden. Aus voller Überzeugung stand Hirsch bei der »Mobilmachung aller volkswirtschaftlichen Kräfte ... von Anfang an in vorderster Reihe«, nutzte seine langen Erfahrungen erfolgreich, »die Metallversorgung zu sichern, wobei es notwendig war, an metallhaltigen Stoffen alles zu erfassen, was innerhalb Deutschlands Grenzen nur irgendwie greifbar war. Bei der Aufbereitung des Materials erwies es sich als überaus praktisch und wertvoll, daß das Kupferwerk Ilsenburg seine Verfeinerungseinrichtungen in den Dienst dieser Rüstungsarbeit stellen konnte.« So wurde 1915



das gerade entwickelte Verfahren des Kupferplattieren von Eisenblech angewandt und Rondeln und Näpfchen daraus gestanzt.

Für die körperliche schwere Arbeit in Messingwerk standen immer weniger Arbeiter zur Verfügung. Dafür wurden holländische, dänische und andere Zivilarbeiter herangeholt. S. Hirsch gibt über 1.000 Verpflichtete aus anderen Gegenden Deutschlands, 300 französische Kriegsgefangene, 45 Holländer und Dänen, 80 Warschauer Juden, 300 junge Mädchen als Sorterinnen an.

Zu Beginn des Krieges betrug die Monatsleistung 1.400 t; in der zweiten Hälfte 1915 wurden schon 1.600 t geschafft; im August 1916 wurden mit 2000 Arbeitern 1.900 t produziert. Der absolute Höhepunkt wurde im März 1917 erreicht: 3.170 t. Das war der Anlaß für den »Seniorchef Aron Hirsch die sog. Tomenuhr«, eine Taschenuhr zu stiften, »die eine große Zahl von Beamten, Meistern und Angestellten erhielt und in der die entsprechenden Leistungen eingraviert wurden.«

Das war der Zeitpunkt, als der Grundstein für den Wasserturm gelegt wurde und dank des Hindenburg-Programms über den Aufbau eines neuen Werkes entschieden wurde. Resümee von Sigmund Hirsch: »Die große Kriegproduktion hatte das Geld für die Investierung verdient. Daraus konnte sie bezahlt werden, und das war nach unserer Ansicht seine beste Verwendung im besten vaterländischen Sinne.«

Was brachte dieser Krieg den Einwohnern von Messingwerk und umliegender Gemeinden? Allein Messingwerk bei ca. 500 Einwohnern 162 Kriegstote, Eisenspalterei 31 und Heegermühle 216 Kriegstote, d.h. 409 Kriegstote – 7 Prozent der Einwohner.

Der Fraktionschef lächelte

Eberswalde (bbp). »Einigkeit gegen Steil-Anlage bröckelt« titelte das lokale Tagesblatt nach der Dezembersitzung der Eberswalder Stadtverordneten, welche drei Tage nach den ersten Meldungen über die Entscheidung des Landesumweltamtes zugunsten der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil stattfand. Die Stadtverwaltung hatte für die StVV-Sitzung am 13. Dezember in aller Eile zwei Tischvorlagen erarbeitet. Dabei ging es um die Zurückstellung des Bauantrags und um die Ermächtigung der Verwaltung, »alle gebotenen rechtlichen Schritte gegen die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb« der Sondermüllverbrennungsanlage einzuleiten.

Mit Tischvorlagen hatten die Stadtverordneten in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht. Bedenken waren daher verständlich. Verständlich auch, daß diese Bedenken gerade in jener Fraktion diskutiert wurden, die in früheren Zeiten Tischvorlagen gewohnheitsmäßig durchwinkte. Diesmal jedenfalls hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Kikow namens seiner Fraktion die Order herausgegeben, gegen die Tischvorlagen zu votieren. Rückendeckung lieferte der Eberswalder Ortsverein seiner Partei. Die Aufgabe, für die SPD-Fraktion in der StVV-Sitzung am 13. Dezember entsprechend zu argumentieren, übernahm der inzwischen verstorbene Christian Trill.

Er fand überzeugende Argumente. Um Widerspruch einzulegen, so Trill, reiche die vorhandene Ermächtigung völlig aus. Es sei auch im ersten Monat des neuen Jahres noch genügend Zeit, um eine eventuell notwendig Klage vorzubereiten. Er forderte, den Stadtverordneten zunächst den Genehmigungsbescheid des Landesumweltamts zur Kenntnis zu geben. Allerdings verfügte zu dem Zeitpunkt auch die Stadtverwaltung nur vorab über eine inoffizielle Version dieser Genehmigung. Eine offizielle Weitergabe, so die Befürchtung des städtischen Rechtsamts, könnte in einem Rechtsstreit möglicherweise als Formfehler zum Nachteil der Stadt geahndet werden.

Aller Einwände zum Trotz blieb der SPD-Redner bei der Auffassung, die Erteilung einer Ermächtigung an die Verwaltung zur Klageerhebung ginge zu weit. Es würde völlig ausreichen, wenn erstmal ein Widerspruch eingelegt werde. Christian Trill erntete das Lächeln seines Fraktionschefs.

Eine verfahrenere Situation, die sich da anbahnte. Volker Passoke von der Fraktion der Linken lieferte schließlich den befreienden Querpaß. Passoke beantragte, den Passus »Die Bauauftragung umfaßt insbesondere die Einlegung eines Widerspruchs und die Klageerhebung...« zu streichen. Trill griff den Ball sofort auf, wohl wissend, daß mit diesem Passus nicht die Ermächtigung der Stadtverwaltung, sondern vielmehr die Einschränkung dieser Ermächtigung aus dem Beschluß gestrichen wurde. Sein Fraktionschef lächelte noch immer.

SPD Eberswalde zur Sondermüllverbrennungsanlage:

»Fatales Signal an Investoren«

»Der Osten Brandenburgs ist EU-Höchstfördergebiet. Wie lange noch? Eberswalde und Umgebung haben deutschlandweit eine der höchsten Arbeitslosenquoten. Wie lange schon und wie lange noch?! Die neuen Bundesländer werden nach wie vor und noch auf Jahre hinaus von den reicheren Regionen Deutschlands und Europas ergänzend alimentiert. Wie lange noch?« Mit diesen Fragen wendet sich der Sprecher des SPD-Ortsvereins Eberswalde Lorenz Engel an die Leser des Internetauftritts seines Ortsvereins.

Eberswalde sei aber auch der Wachstumskern im Nordosten der Region Berlin-Brandenburg und damit nicht chancenlos. Davon künde auch die allgemein positive Grundstimmung in der Stadt, die aber nur als Vorschub auf die Zukunft zu verstehen sei. Voraussetzung für wirtschaftliches Erstarken der Region und der Stadt als der Grundlage einer tatsächlichen Erhöhung der Lebensqualität seien »Investitionen und letztlich Arbeitsplätze«.

Die touristische Entwicklung des Finowkanals wie auch die Entwicklung des Barnim als Gesundheitsregion, so Engel, seien wichtige und richtige Bausteine. »Aber sie sind nicht das allein selig machende Instrument zu ökonomischer Prosperität.« Die Wirtschaftstradition der Stadt Eberswalde beruhe »seit der Neuzeit immer auf Wertschöpfung aus und durch Industrie-Arbeit, die durch Dienstleistungen ergänzt wird. Nicht von

ungefähr trug Eberswalde lange den Beinamen 'Märkisches Wuppertal', wofür nicht eine romantische Verklärung ursächlich ist.« Die Diskussion um die Osterweiterung der B167/neu sei »ein beredtes Beispiel für die Betroffenheitsmentalität« in Eberswalde. »Sollte man nicht auch in Sachen Theo Steil GmbH nun die Autorität des Landesumweltamtes achten und lieber das Gewicht der Öffentlichkeit dazu einsetzen, die Beeinträchtigungen für die Anwohner im Miteinander mit der Firma so gering wie möglich zu gestalten, vielleicht auch noch einige Zugeständnisse zu erringen? Das Genehmigungsverfahren in Schnellschußmanier und ohne tiefere juristische Erörterungen schlichtweg als einen Gesetzesbruch der Genehmigungsbehörde anzusehen, ist ein fatales Signal und stellt die Rechtssicherheit als eines der höchsten Güter jeder Gesellschaft in Frage, von Investorenfreundlichkeit ganz zu schweigen. Ob die Entscheidungsträger der Stadt nun in Zukunft mehr Augenmaß und etwas mehr Zurückhaltung üben werden, auch Vor- und Nachteile bei aller emotionaler Betroffenheit rationaler abwägen, wird sich zeigen. Partikularinteressen, wie berechtigt sie auch sein mögen und wie stark sie sich auch immer artikulieren mögen, sollten nicht der alleinige Maßstab der Betrachtung sein.

Im nächsten Jahr steht dann der Regionalflughafen auf der Tagesordnung«, so Engel zum Schluß. Quelle: www.spd-eberswalde.de

»Ein großer übler Witz«

Die Genehmigung der Eberswalder Sondermüllverbrennungsanlage durch das Landesumweltamt Brandenburg unter Minimalanforderungen ist ein großer übler Witz. Otto-Normalverbraucher fragen sich da, ob zwischen dem Investor Theo Steil GmbH und den Landesbehörden gemauschelt wurde? Dies insbesondere vor dem Hintergrund, weil durch das Landesumweltamt Rheinland-Pfalz dem Betreiber der Bau einer solchen Anlage am Hauptsitz Trier bereits versagt wurde.

Fest steht: In der Barnimer Region bringt eine solche Sondermüllverbrennungsanlage nur Schaden für Mensch und Umwelt, jedoch keinerlei Nutzen. Noch nicht einmal mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Denn eine solche Anlage entspricht bei weitem nicht den Grundsätzen von Umweltverträglichkeit, Energieeffizienz und Innovation. Hier sollen Wertstoffe vernichtet werden, die aus Erdölprodukten hergestellt wurden. Diese könnten aber durch neue und bessere Verfahren sinnvoller genutzt werden.

Um primäre Ressourcen zu schonen, müßte im Sinne einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft die stoffliche, emissionsfreie Wiederverwertung einer energetische Verwertung vorge-

zogen werden. Bei der Verbrennung alter Autoteile verlassen neben Umweltgiften wie schwermetallhaltige Feinststäube, Dioxine und Furane erhebliche Mengen an Kohlendioxid die Anlage, welche aus nicht-erneuerbaren Energiequellen stammen. Die Anlage würde somit nicht CO₂-neutral arbeiten. Bei einem Wirkungsgrad von 30 % wird sie eine geringe Energieeffizienz haben. Zudem ist eine Kraft-Wärme-Kopplung nicht eingeplant, die Abwärme nutzen könnte. Unfaßbar aber ist, daß der Betreiber mit Sondermülltransporten – quer durch die Republik zum Entsorgungsstandort im Land Brandenburg – noch Fördermittel einstreichen kann. Ein subventionierter Mülltourismus zur Profitmaximierung eines einzelnen Unternehmens, jedoch gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger, darf aber nicht realisiert werden. Dies wäre ein konträrktes Signal für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Wirtschafts- und Umweltpolitik im Land und nicht zuletzt unvereinbar mit dem Leitbild der Stadt Eberswalde. Klagen aus unterschiedlichen Gründen werden deshalb unabdingbar sein.

Dr. ANDREAS STEINER

Quelle: www.spd-finow.de

Unentschlossenheit heißt Verantwortungslosigkeit

In der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 13. Dezember wurden durch Einwohner der Stadt die Reaktionen einiger Parteien in Hinsicht auf die nächsten Kommunalwahlen zum Thema »Genehmigung der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Theo Steil durch das Landesumweltamt« kritisiert. Insbesondere die unentschlossene Haltung der SPD-Ortsgruppe Eberswalde unter dem Vorsitz von Daniel Kurth.

Bei der Abstimmung über zwei Anträge der Stadtverwaltung gegen den Bau der Sondermüllverbrennungsanlage wurde durch Herrn Christian Trill (SPD) eine Diskussion ausgelöst, die auf den Punkt gebracht zum Ausdruck bringt: »Wir haben eine Meinung, aber wir wissen nicht, welche richtig ist.«

Die Abgeordneten der Partei DIE LINKE beantragten zu den Anträgen eine geheime

Abstimmung. Dies geschah meiner Meinung nach aus Angst vor den Kommunalwahlen im nächsten Jahr und aus Angst vor der Firma Theo Steil. Ein Schelm, der Arges dabei denkt.

Alles nur Taktik? Hätten alle Stadtverordneten mit Ja gestimmt, wäre wohl keine geheime Abstimmung erforderlich gewesen. Mit 2 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen kann kein Befürworter der Anlage die »bösen Buben« ausfindig machen, verklagen oder bei der Vergabe von zukünftigen Aufträgen übersehen.

Wir Bürger der Stadt Eberswalde erwarten jedenfalls mehr Verantwortung von unseren Kommunalpolitikern für das Wohl der Menschen dieser Stadt.

Bei den nächsten Kommunalwahlen wird für einige Politiker mit dieser Haltung die Rechnung nicht aufgehen.

OTTO BAAZ

Linke Rückversicherungsgesellschaft?

Das Landesumweltamt hat den Antrag der Fa. Steil zur Errichtung der Sondermüllverbrennungsanlage genehmigt – ein Schock für die Eberswalder. Hatten doch viele geglaubt, daß der Wille der Bürger, mit 14.000 Unterschriften und 4.000 Einwendungen massiv vorgetragen, in diesem Lande noch etwas zählt. »Nicht das Landesumweltamt – der Bürgerwille soll entscheiden« stand auf einem der Transparente der Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt, die den Kampf gegen die Müllverbrennungsanlage organisiert. Aber das Umweltamt hat entschieden, und kehrte dabei die Probleme dieser Anlage unter den Tisch.

Als das Thema Müllverbrennungsanlage in die heiße Phase des Bürgermeisterwahlkampfes 2006 hereinplatzte, kam die unkritische Haltung der Stadtverwaltung stark in die Kritik. Die politischen Kräfte suchten nach für die Bürger akzeptablen Positionen. Nachdem der Bürgermeister gewählt war, faßte die StVV einstimmige Beschlüsse, um das Planungsrecht der Stadt zu sichern. Das Landesumweltamt stellt dieses Recht nun in Frage. Jetzt erwarten die Bürger, daß sich die Stadt mit aller Kraft für

eine Planung im Interesse der Bürger einsetzt. Bei der Beratung entsprechender Beschlüsse in der Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2007 bröckelte jedoch die geschlossene Front der Stadtverordneten.

Im Namen der Fraktion Die Linke bat Rechtsanwalt Volker Passoke um eine zehnmütige Pause. Er erklärte, daß die Fraktion die geheime Abstimmung fordert. Wer von der Linken besondere Konsequenz im Kampf für die Bürgerinteressen erwartet hatte, staunte über die Begründung. Es gehe um den Schutz der Abgeordneten, die sonst in Haftung genommen werden könnten. Hielten es die Linken tatsächlich für möglich, für den Beschluß gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen zu werden? Oder sollte damit zugedeckt werden, daß es in der Fraktion ein differenziertes Abstimmungsverhalten geben könnte? Zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen geben nun Spekulationen Raum, wer sich dahinter verbergen könnte. Auf jeden Fall konnten sich Abgeordnete mit der geheimen Abstimmung der öffentlichen Kontrolle entziehen.

ALBRECHT TRILLER



Platkataktion gegen die Errichtung einer Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde. An der Unterschriftensammlung vor einem Jahr hatten sich 14.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Rund 4.000 Einwohner nutzten die Möglichkeit, ihre Einwendungen gegen die Anlage vorzubringen. Die Einwendungen der Bürger wurden vom Landesumweltamt ebenso abgewiesen, wie das ablehnende Votum der betroffenen Gemeinden.

Studie zum Ehrenamt

Am 12. Dezember wurde auf der Sitzung des Sprecherrates »Soziale Stadt« eine Studie zum Ehrenamt im Brandenburgischen Viertel vorgestellt. Seit Ende 2003 wird das Programm »Lokales Kapital für soziale Zwecke« (LOS) im Brandenburgischen Viertel umgesetzt. Ein sehr wichtiger Aspekt dieses Programms ist die Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement und die gezielte Förderung günstiger örtlicher Rahmenbedingungen für das Ehrenamt.

Viele der im Stadtteil wirksam gewordenen Mikroprojekte wären ohne ehrenamtliches Engagement nicht denkbar, auch wenn die Rahmenbedingungen nicht immer optimal sind. Die Motive vieler Ehrenamtler und die einzelnen Effekte ihres Einsatzes blieben aus Sicht der Hauptamtler unbekannt. Auch die Frage, wo aus der Sicht der ehrenamtlich Tätigen die Probleme und Schwerpunkte liegen, wurde noch nie vorher umfassend untersucht.

Ziel der Studie ist, Impulse zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ehrenamtlich Tätige und zur Gewinnung weiterer Bewohner des Brandenburgischen Viertels für Projekte zu geben. Bei der anonymen Umfrage wurde zwischen Ehrenamtlern und Hauptamtlichen unterschieden. Es nahmen 32 Ehrenamtler (17 Männer und 15 Frauen) und 17 Hauptamtliche (12 Frauen und 5 Männer) teil. Mehr als die Hälfte der befragten Ehrenamtler waren arbeitslos (69%), etwa ein Viertel (28%) erwerbstätig. Die übrigen neun Prozent sind Schüler, Auszubildende oder Studenten. Das Alter der Befragten reichte von 14 bis 69 Jahren. Den Spitzenplatz der ehrenamtlichen Arbeitsfelder nahm mit Abstand der soziale Bereich, besonders die Arbeit mit Senioren, Behinderten und Familien ein. Es folgte die ehrenamtliche Arbeit in den Bereichen »Freizeit und Geselligkeit«, »Sport und Bewegung«, »Integration und Minderheitenrechte«, »Politik und Interessenvertretung«, sowie »Jugendarbeit und Bildung«.

Es wurde auch nach den Motiven für das Ehrenamt gefragt. Ganz vorn steht die Aussage »Ich will durch mein Engagement die Gesellschaft zumindest mitgestalten«. Gleich danach folgt das Motiv »Ich will durch mein Engagement vor allem mit anderen Menschen zusammenkommen«. Jeder Dritte gab an: »Mein Engagement ist eine Aufgabe, die gemacht werden muß, und für die sich schwer jemand findet«. Immerhin noch 19% der Befragten gaben an: »Mein Engagement ist auch eine Form von politischem Engagement«.

Die umfassende Auswertung der Studie mit Diagrammen und detaillierten Zahlen kann man sich gerne im Bürgerzentrum (Schorfheidestr. 13) anschauen und ausleihen.

Auch die Arbeit des Sprecherrates »Soziale Stadt« ist ehrenamtlich und für jeden interessierten Bürger offen. Die Sitzungen finden in aller Regel am zweiten Montag im Monat um 17 Uhr im Bürgerzentrum statt. Nächster Termin ist der 14. Januar.

MARTIN HOECK, Sprecherratsvorsitzender 5

Problemklärung

Eberswalde (bbp). Nach einem Jahr im Amt ist es Bürgermeister Boginski gelungen, ein weiteres Personalproblem der Vergangenheit zu lösen. Pressesprecherin A. Röder ging in den Vorruhestand. Die ausführliche Berichterstattung in der lokalen Tageszeitung erinnerte alle noch einmal daran erinnert, wie die Frau in ihr Amt kam. Als SPD-Mitglied wurde sie vom ersten Nachwendebürgermeister Hans Dr. Mai (SPD) zur Pressesprecherin gemacht, nachdem dieser kurz zuvor den einen Pressesprecher hinauswarf, weil er der falschen Partei angehörte, und bald darauf auch den nächsten entsorgte, der ihm zu oft widersprochen hatte. Mit Angelika Röder hatte er nun eine treue Parteigenossin an seiner Seite auf deren Loyalität er voll vertrauen konnte. Dafür war die Pressesprecher-Stelle um einiges höher dotiert als üblich.

Die überdurchschnittliche Dotierung behielt die Pressesprecherin auch, als im Jahr 1995 ihr Protégé von den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern abgewählt worden war und mit Reinhard Schulz ein neuer Bürgermeister ins Rathaus kam. Sie dankte es ihm, indem sie nunmehr Schulz loyal zur Seite stand und alles mitmachte. Die Loyalität ging weit. Bis hin zu geheimdienstähnlichen Aktivitäten. So wußten einige Kritiker des Schulzregimes von Dossiers zu berichteten, welche in der Pressestelle über sie angefertigt worden seien. Von weiteren Beispielen falsch verstandener Loyalität war in der »Barnimer Bürgerpost« schon zu lesen (»Willkür im Eberswalder Rathaus«, BBP 2/2006).

An der erneuten Abwahl des Bürgermeisters konnte das nichts ändern. Inzwischen hatte die Pressesprecherin längst die Gelegenheit der Altersteilzeitregelung beim Schopfe gegriffen. Die Privilegien, einst per Parteibuch erworben, konnten so auch über den erneuten Wechsel gerettet werden. Auf Loyalität konnte nun auch der dritte Bürgermeister bauen, der durch Übertragung weiterer Aufgaben im Bürgermeisterbereich nun dafür sorgte, daß Tätigkeitsprofil und -umfang der Pressesprecherin an ihr Gehaltsniveau angeglichen wurde.

Ganz zum Schluß unterlief Bürgermeister Boginski allerdings noch eine böse Peinlichkeit. Anlässlich Röders Abschiedsparty gelang es der lokalen Tagespresse, den Bürgermeister gemeinsam mit seinem 1995 geschafften Vorgänger auf ein Pressefoto zu bannen.

Pokerturnier fortgesetzt

Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) lädt zum zweitenmal alle Interessierten zum Pokerturnier ein. Es findet am 8. Februar um 19 Uhr im Bürgerzentrum Brandenburgisches Viertel (Schorfheidestr. 13) statt. Die Startgebühr von 3 Euro dient als Spende für ein soziales Projekt. Nach weiteren Turnieren in diesem Jahr wird ein Gesamtsieger 2008 ermittelt. Anmeldungen und Infos sind bei Jorge Noguera (0171/2376919) oder per eMail über kjp-eberswalde@telta.de.

MARTIN HOECK

Regionalflughafen nicht genehmigungsfähig

Die Vertreter der Bürgerinitiative haben im ROV »Regionalflughafen Eberswalde-Finow« in einer 50seitigen Stellungnahme erhebliche Bedenken geäußert. Das Papier wurde der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg übergeben.

Wir zeigten mit unseren Sachargumenten klar die raumordnerische Unverträglichkeit des Vorhabens auf. Eine Startmassenerhöhung auf 85 Tonnen, einschließlich Nachtflüge und 2,2 Millionen Passagieren wo jetzt vorzugsweise nur Hobbyflugverkehr stattfindet ist einfach lächerlich.

Die jetzigen Vorstellungen der Flugplatzbetreiberin einen Verkehrsflughafen mit 24 Stundenbetrieb als »Ergänzungsflughafen« zum Großflughafen BBI zu installieren, greifen irreversibel in die Schutzbelange der Anwohner, der Flora und Fauna ein. Die gesamte Südkante des Besiedlungsgebietes im Finowtal ist derart betroffen, daß ein Wohnen oder Erholen in diesem Gebiet nicht mehr möglich ist und die Natur nachhaltig geschädigt wird.

Bereits in einem vorausgegangenem Änderungs-Genehmigungsverfahren auf 20/30 Tonnen Startmassenerhöhung im Jahr 2000 wurde die Genehmigung durch die Behörden versagt.

Das jetzige Vorhaben halten wir eindeutig für nicht genehmigungsfähig. Selbst die Landesregierung Brandenburg will keinen Ausbau

des Flugplatzes mehr und die Startmassen sollen auf 14 Tonnen begrenzt werden. Die Unsinnigkeit weitere Flughäfen rings um den BBI auszubauen hat die Landesregierung erkannt. Für einen Verkehrsflughafen Eberswalde-Finow gibt es keinen Bedarf und auch kein Votum der beiden Landesregierungen Berlin und Brandenburg.

Die Bürgerinitiative »Gegen den Ausbau des Flugplatzes« sieht sich mit ihrem Engagement und ihrer Kompetenz auf einem erfolgreichen und richtigen Weg für eine gesunde Entwicklung der Region. Die kommunalen Gebietskörperschaften werden aufgefordert, in ihren Stellungnahmen im ROV eine eben so klare und eindeutige Position der Ablehnung des Vorhabens einzubringen.

Wir können nur jeden Bürger ermutigen, sich gegen das Vorhaben zu stellen und seine Bedenken im Raumordnungsverfahren zu äußern.

THOMAS GILLES, Bürgerinitiative »Gegen den Ausbau des Flugplatzes Eberswalde-Finow«

Die Bürgerinnen und Bürger haben noch bis zum 18. Januar 2008 die Möglichkeit, ihre Anregungen und Bedenken zum Raumordnungsverfahren »Regionalflughafen Eberswalde-Finow« beim Landesplanungsamt Berlin-Brandenburg, Referat GL 6, Müllroser Chaussee, 15236 Frankfurt (Oder), vorzubringen.

Sachgründe für die Abwahl fehlten

Hut ab vor Herrn Madeja! Er ist einer von denen, die den auch vom Umweltbundesamt geforderten ressourcenpfleglichen Umgang mit unserem wertvollen Wasser ernst nehmen. Anstatt sich daran zu beteiligen, unser Barnimer Wasser nach erfolgtem Gebrauch über Kanäle und Flüsse ins Meer zu leiten, praktiziert er Schmutzwassermeidung und Schmutzwassernutzung, letztere mit erwartungsgemäß sehr guten Werten zum biochemischen Sauerstoffbedarf. Durch seine laut Gesetz nicht genehmigungspflichtige, mehrstufige mechanisch-biologische Schmutzwasseraufbereitung hat er ein abwasserfreies Grundstück geschaffen, bei dem eine der Abfallgesetzgebung unterliegende Düngung erfolgt.

Wir sehr solch unangepasstes Verhalten die Empörung der konservativen Kräfte hervorruft, zeigen die Abwahl vom Vorsitz des Kreis Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft und die Angriffe gegen Johannes Madeja in der Kreistagssitzung am 28.11.2007. Diese Kräfte wollen unbedingt unser wertvolles Wasser aus Brandenburg hinaus geleitet wissen zum Schaden der Umwelt, insbesondere des Grundwasserspiegels sowie der Land- und Forstwirtschaft. Erstaunlich ist, daß die Vertreter der Bauern im Kreistag eine Schädigung der Landwirtschaft befürworten. Die Abwahl erfolgte, obwohl auf direktes Be-

Mit JOHANNES MADEJA wurde jetzt ein weiterer Kritiker von der Kreistagsmehrheit abgestraft. In von Machtarroganz verblendeter politischer Dummheit verhilft die regierende Koalition ihren Opponenten zu einem unverhofften Märtyrerstatus und damit zu verstärktem Zulauf für die nächsten Kommunalwahlen.



fragen keiner der Antragssteller auch nur ein Beispiel eines Fehlers in der Ausschlußleitung durch Johannes Madeja benennen konnte. So mußte der laufende Rechtsstreit gegen die Untere Wasserbehörde als Abwahlgrund erhalten. Welche personellen Veränderungen hätte es dann schon im Bundestag geben müssen.

Ob die bislang gegen Johannes Madeja ergangenen verwaltungsgerichtlichen Urteile vor höheren Instanzen Bestand haben werden, bleibt abzuwarten. Schließlich zeichnen sich Brandenburger Verwaltungsgerichtsurteile nicht durchweg als rechtskonform aus, wie die entgegen gesetzten Urteile von Frankfurt (Oder) und Cottbus zu Anschlußkosten und die erfolgreichen Anzeigen wegen vorsätzlicher Rechtsbeugung durch Richter belegen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

3 Jahre Hartz IV – 3 Jahre absolute Verelendung

Niedrigste November-Arbeitslosigkeit seit 9 Jahren – titelte die MOZ am 30.11.2007. Und der Eberswalder Arbeitsamtsdirektor Christian Ramm sprach von einem »tollen Jahr«. Zu den Dezemberzahlen heißt es sogar »der beste Arbeitsmarkt-Winter seit elf Jahren!«
Ist etwa das Ziel von Herrn Peter Hartz erreicht worden? Der erklärte am 16.08.2002:

»Heute ist ein guter Tag für die Arbeitslosen in Deutschland ... wir haben hier die Zukunft für zwei Millionen Arbeitslose konzipiert ... ab heute, 11 Uhr, läuft die Zeit ...«. Bis 2005 sollte die Zahl der Arbeitslosen von vier auf zwei Millionen gesenkt und damit halbiert werden. Für den Dezember 2007 weist die Statistik 3,4 Millionen Arbeitslose aus.

Die Arbeitslosenzahlen zu reduzieren, daran wollte sich die Schröderregierung messen lassen. Vor dem Deutschen Bundestag erklärte Gerhard Schröder im Dezember 1998: »Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.« Er wurde nicht wiedergewählt – auch wegen der Arbeitslosenquote. Aber die CDU/SPD-Regierung unter Kanzlerin Merkel setzt den Schröderkurs fort und die Hartz-»Reformen« weiter um. Sie sollen den »Aufschwung« mit herbeigeführt haben und ihn weiter sichern. Korrekturen an den »Reformen« wären kontraproduktiv.

Am 1.12.2007 trafen sich die Eberswalder Montagsdemonstranten, um sich auch am Aufschwung und an der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes zu freuen. Doch Freude mochte trotz der allgemeinen Vorweihnachtsstimmung nicht aufkommen, denn die Anwesenden konnten das offizielle Gerede vom Aufschwung und positiver Arbeitsmarktentwicklung überhaupt nicht nachvollziehen.

Fritz ist erst relativ spät arbeitslos geworden (2004). »Wo bleiben die Arbeitsangebote, wenn der Arbeitsmarkt sich positiv entwickelt?«, fragt er, denn ihm wird nichts angeboten. Ursula dagegen ist schon seit 1992 ohne Arbeit. Mal eine ABM, mal eine SAM und mal eine Weiterbildung, aber keine reale Chance auf einen dauerhaften Arbeitsplatz. Ihre Schwerbeschädigung mußte doch besondere Veranlassung sein, gerade sie in eine Beschäftigung zu bringen. Aber Fehlanzeige.

»Ich habe ständig nachgefragt, ob die Agentur eine Arbeit für mich hat und mich auch selbst um Arbeit bemüht«, sagt Simone, die seit 1994 arbeitslos ist. Zu mehr als einem 1-Euro-Job oder einer SAM-Stelle hat es nie gereicht. Damit verschwand sie zwar kurzzeitig aus der Arbeitslosenstatistik und zählte auch nach Ende der Maßnahme erstmal nicht als Langzeitarbeitslose. Doch sieht auch sie kein Licht am Ende des Tunnels, d.h. einen Arbeitsplatz. Obwohl ihr Mann noch Arbeit hat und täglich 12 Stunden in Berlin als Wachmann arbeitet, rechnet sie sich zu den Armen.

»Nach meiner Berufsausbildung habe ich noch keine Arbeit gefunden und bin seit 2002 arbeitslos«, sagt die Jugendliche Silke. Sie wohnt noch bei ihren Eltern.

»Ich wurde 2001 arbeitslos. Nach meiner Lehre habe ich noch ein halbes Jahr gearbeitet. Bei einer betriebsbedingten Kündigung mußte ich dann einer Älteren Platz machen. Als alleinerziehende Mutter darf ich mir wenig Hoffnung machen, wieder eine Arbeit zu finden«, schätzt Nadine ein. Auch sie hat bisher nur mal eine ABM und einen Ein-Euro-Job vermittelt bekommen.

»Wer wie ich 55 Jahre alt ist, hat keinerlei Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt«, ist sich Ulrike sicher, die seit 1992 arbeitslos ist.

Gisela, ebenfalls seit 1992 arbeitslos, verlor die Anerkennung für ihren zu DDR-Zeiten erworbenen Facharbeiter. Sie absolvierte eine weitere Berufsausbildung, fand aber auch danach keine Anstellung. Nun sieht sie sich mit 39 Jahren schon zu alt für den Arbeitsmarkt und hat noch keine Berufserfahrung. Für eine weitere Ausbildung soll sie sich erst einen Arbeitgeber suchen, der sie danach einstellt.

Die genannten und die weiteren Anwesenden waren sich einig: die Medien und die Statistik beschönigen die tatsächliche Lage. Die Schilderungen der Betroffenen spiegeln das reale Leben wieder.

Nach drei Jahren Hartz IV geht es den von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau Betroffenen schlechter als zuvor, aber Arbeitsplätze sind nicht mehr entstanden, als an anderer Stelle wieder verloren gegangen sind.

Auf die Frage an die Betroffenen, ob sie in ihrem Umfeld jemanden kennen, der nach Arbeitslosigkeit wieder eine richtige Arbeit gefunden hat, wird angestrengt nachgedacht, aber niemandem fällt jemand ein.

Die Feststellung, daß Hartz IV gesetzlich verordnete Armut ist, sehen die Betroffenen in ihrem eigenen Schicksal bestätigt. Nicht nur, weil sie keine Arbeit finden können. Es ist hinreichend bekannt, daß die ALG II-Regelleistung von Anfang an zu niedrig festgelegt wurde. Die Höhe der Regelleistung war durch die gesetzestvorbereitenden Ausschüsse im Jahre 2003 festgelegt worden und entsprach bereits bei ihrer Einführung nicht mehr den tatsächlichen Lebenshaltungskosten. Hinzu kommt, daß nicht alle Lebenshaltungskosten berücksichtigt oder Teile davon viel zu niedrig angesetzt wurden. Seit dem Jahre 2003 bis heute haben sich die Lebenshaltungskosten drastisch erhöht und sie erhöhen sich mit jedem Tag weiter. Dadurch wird das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Existenzminimum nicht mehr gewährleistet. Die Würde des Menschen nach Art. 1 GG bei der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in Deutschland ist dadurch verletzt. Eine Korrektur der Falschberechnung des ALG II und eine Anpassung an die aktuelle Preisentwicklung wären Mindest-

bedingungen einer korrekten Regierungsarbeit, ist aber nicht in Sicht.

Aber vielleicht können die Eberswalder Betroffenen ihre Schlußfolgerungen doch nicht verallgemeinern? Vielleicht stimmt die Statistik doch?

Bei sinkender Arbeitslosigkeit müßten 1:1 neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Arbeitsloser weniger = ein Arbeitsplatz mehr. Es müßten ferner Arbeitsplätze entstehen, von denen die Beschäftigten leben können. Ansonsten sind weiter staatliche Alimentierungen nötig. Es müßten also zumindest sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten sein.

Doch schauen wir auf die Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Im Jahr vor Wirksamwerden von Hartz IV werden in der Statistik für Deutschland insgesamt 26,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (im Jahresdurchschnitt) ausgewiesen. Die Vergleichszahl für 2007 lautet 26,8 Millionen. Im Jahresdurchschnitt waren also 2007 in der BRD 330.000 mehr Menschen sozialversicherungspflichtig tätig, als 2004. Die entsprechenden Zahlen für Ostdeutschland weisen unverändert 5,1 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte aus. **Es gibt also in Ostdeutschland keinen Zuwachs an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.**

Aber im gleichen Zeitraum wird für den Osten eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen von 300.000 ausgewiesen. Diese 300.000 haben aber keine versicherungspflichtige Arbeit gefunden. Wenn sie überhaupt eine Beschäftigung fanden, dann liegt ihr Arbeitsentgelt unter 400 Euro im Monat. Möglicherweise sind sie aber einfach nur aus der Statistik gefallen und gelten nicht mehr als Arbeitslose.

So gesehen stimmt der Eindruck, den die Betroffenen von Eberswalder Montagsdemo haben, wenn sie sagen, sie kennen keinen, der wieder in eine dauerhafte Beschäftigung gekommen ist.

Bundeskanzlerin Merkel hat die Arbeitslosenzahlen vom Dezember hoch gelobt als Beweis für ihre erfolgreiche Politik. Auch Frau Merkel wird am Abbau der Arbeitslosigkeit gemessen werden. Bis zur Zielstellung von Herrn Hartz von zwei Millionen Arbeitslosen müssen laut amtlicher Statistik noch 1,4 Millionen in Arbeit gebracht werden. Dafür genügen aber keine geschönten Statistiken, sondern nur tatsächlich geschaffene Arbeitsplätze, von denen Bezahlung Menschen leben können.

Wirksame Konzepte sind bisher nicht zu erkennen. Die Hartz-Gesetze sind dafür in jedem Falle untauglich. Die Frist bis zur nächsten Bundestagswahl läuft, Frau Merkel.

ALBRECHT TRILLER,
Eberswalder Montagsdemo

Die Namen der Betroffenen sind geändert. Sie sind der Redaktion bekannt.

Bilanz des Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde für das Jahr 2007

Bündnisarbeit zeigt positive Wirkungen

Im Kampf um die Erhaltung der Einsteinschule und unter dem Eindruck des Eberswalder Spendenskandals formierten sich im Jahre 2006 politische Kräfte, die ab Juli dann als Bündnis für ein demokratisches Eberswalde und Träger eines eigenen Bürgermeisterkandidaten, Hartwin Schulz, die Eberswalder politische Bühne betreten. Mit 18,7 % der Wählerstimmen erzielte Hartwin Schulz bei der Bürgermeisterwahl am 29.10.2006 für das Bündnis ein hervorragendes Ergebnis. Mit seinem dritten Platz ließ er die Kandidaten von SPD, PDS und B90/Grüne hinter sich. Am 1.11.2006 erklärte das Bündnis, daß es den Bürgermeisterwahlkampf als Beginn einer langfristig orientierten Einmischung des Bündnisses in die Kommunalpolitik betrachtet. Als nächstes Etappenziel wurden die Kommunalwahlen 2008 ins Visier genommen.

Diese Etappe begann am 30.11.2006 vor dem StVV-Tagungsgebäude mit einer Kundgebung für mehr Demokratie. Gegenstand der Kundgebung waren ferner der Protest gegen die geplante Müllverbrennungsanlage und gegen die Abgabe der weiterführenden Schulen durch die Stadt an den Landkreis, mit der Konsequenz der Schließung der Einsteinschule. In einer öffentlichen Erklärung nahm das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde in der Einwohnerfragestunde der StVV zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Abgabe der weiterführenden Schulen Stellung und forderte den Verbleib der Einsteinschule.

den die Erklärungen des Bündnisses als unzulässig betrachtet. Sie wurden untersagt. Das ist rechtlich fragwürdig und wird das Bündnis nicht hindern, weiterhin politischen Druck auf die StVV auszuüben.

Mitglieder des Bündnisses stellten weiterhin Fragen und trugen Stellungnahmen in der Einwohnerfragestunde der StVV nunmehr im eigenen Namen vor, teilweise mit dem Hinweis auf die Meinungsübereinstimmung mit dem Bündnis. Themen waren: Die Erhaltung der Verbraucherzentrale; Teilschuldenverzicht des ZWA gegenüber der WFGE; Eintrittspreise für den Zoo; Müllverbrennungsanlage der Fa.

schlüsse das Bündnis, und damit einen politischen Konkurrenten, zu stärken.

Trotzdem ist es in diesem Spannungsfeld gelungen, Entscheidungen im Sinne der Bündnisvorschläge zu erreichen. Dafür kann der Bürgerhaushalt als explizites Beispiel gelten. (Der Vorschlag des Bündnisses auf Einrichtung eines Bürgerhaushaltes wurde von der StVV angenommen. In der Haushaltsdebatte für 2008 haben sich 23 Bürger zu 11 Sachverhalten des Investitionsplanes geäußert. 4 Vorschläge wurden angenommen.) Zu nennen wären auch die Entscheidungen zum Essengeld- und Schulsachenzuschuß und die Ablehnung der Hundsteuersatzung.

Die positiven Wirkungen der Arbeit des Bündnisses lassen sich nicht nur in Beschlüssen der StVV erkennen. Unverkennbar hat auch eine Veränderung des Umgangs mit den Bürgern in der Arbeit der StVV begonnen, wie sie das Bündnis in seinen Vorschlägen für die Veränderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung vorgeschlagen hat. Die Vorschläge sollen zwar erst später beraten werden, werden aber hie und da schon mal praktiziert.

So werden beispielsweise besonders interessante Themen am Anfang der Tagesordnung behandelt, in Ausschusssitzungen Einwohnerfragestunden durchgeführt, das Bürgerinteresse bei der Wahl des Tagungsraumes berücksichtigt und größere Räume gewählt, mehr Gegenstände öffentlich behandelt bzw. auf nichtöffentliche »Vorberatungen« verzichtet.

Teil der Bündnisaktivitäten war und ist auch der Kampf um eine weiterführende Schule in Finow. Die politischen Entscheidungen gegen die Einstein-Oberschule führten zur Gründung eines Vereins »Freie Oberschule Finow«, der vom Bündnis unterstützt wird. Ein Antrag auf Einrichtung einer Freien Oberschule Finow (Klassen 7 bis 10) wurde beim Bildungsministerium eingereicht. Eine GbR aus Mitgliedern des Vereins hat dafür das ungenutzte Schulgebäude Biesenthaler Straße erworben.

Mitglieder des Bündnisses arbeiten im »Verein für eine gesunde Umwelt Schorfheide e.V.« mit, der 14.000 Protestunterschriften und über 4.000 Einwendungen gegen die Anlage organisierte.

Das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hat im Dezember begonnen, ein Wahlprogramm für die 2008 anstehenden Kommunalwahlen zu erarbeiten. Dies erfordert eine neue Qualität der Arbeit des Bündnisses.

ALBRECHT TRILLER



Zu einem »Treibhaus der Zukunft« soll die vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde unterstützte Freie Oberschule Finow werden.

Damit begann das Bündnis eine Serie von »Erklärungen«, mit denen in der Einwohnerfragestunde jeweils zu einem wichtigen Thema der entsprechenden StVV Fragen gestellt sowie Anregungen und Vorschläge unterbreitet wurden. Solche Themen waren: Die Ablehnung der »Transparenzvorlage« der Fraktion Allianz Freier Wähler durch die StVV; Zustimmung zur Einrichtung eines Amtes zur Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung und Vorschlag weiterer Konsequenzen; die Vorlage der SPD zur Herstellung von Transparenz in kommunalen Unternehmen und Einschränkung der Geheimhaltungspflicht; Forderungen zur lückenlosen Aufarbeitung des Spendenskandals; Vorschläge zur Erarbeitung eines »Bürgerhaushalts« mit dem Haushaltsjahr 2008. Durch Abgeordnete und Stadtverwaltung wer-

Steil; Bürgerhaushalt; Vorschläge zur Veränderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung; Zuschüsse zum Schulbedarf und zum Mittagessen für sozial Schwache; Sozialticket für den ÖPNV; Hundsteuersatzung u.a.;

Durch das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde wurde die Position der Fraktion Allianz freier Wähler in der StVV gestärkt, wie umgekehrt die Allianz die Arbeit des Bündnisses stärkte.

Von den anderen Fraktionen in der StVV werden die Aktivitäten des Bündnisses mit viel Argwohn verfolgt. Einerseits müssen sie zur Kenntnis nehmen, daß das Bündnis sich mit wesentlichen und beachtenswerten Beiträgen in die Stadtpolitik einbringt, andererseits fürchten sie, durch Aufnahme der eingebrachten Themen und durch entsprechende Be-

Gerechte Verteilung – Geld

»Wir haben ein Verteilungsproblem.« Diesen Satz hört man in letzter Zeit häufiger, wenn es um soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Reichtum geht. Da bei der Verteilungsdebatte stillschweigend vorausgesetzt wird, daß es den Beteiligten nur um Geld und Arbeit geht und mit Blick auf das »faule Lumpenproletariat« vornehmlich um Geld, wollen wir unsere Betrachtung zunächst auf diesen Punkt beschränken.

Geld = Tauschmittel, Warenäquivalent, Wertaufbewahrungsmittel, Wertspeicher und Kapital. Ob unser Geld all diese Dienste optimal leisten kann, soll hier nicht erörtert werden, aber diese Eigenschaften haben einen großen Einfluß auf seine Verteilung. Getreu dem Motte: »Der Teufel scheißt immer den größten Haufen«, wird Geld durch Zinsen zu denen fließen, die ohnehin viel besitzen. Und um so mehr Geld sie haben, um so schneller werden sie reicher und reicher, auch bekannt als Zinseszinsseffekt.

Zinsen sind aber nicht auf Geld beschränkt, denn von allen Investitionsgütern wird ein Ertrag erwartet, welcher höher ist als der ursprüngliche Investitionsbetrag. Grundrenten auf Grund und Boden, Mieten auf Wohnraum, Gewinne durch Produktionsmittel und Zinsen auf verliehenes Geld dienen im Grunde doch nur dazu, sich einen Teil der Erträge von anderen Arbeit zu ergaunern und sie unterscheiden sich nur durch ihren Einflußbereich. Geld hat naturgemäß die größte Flexibilität aller Investitionsmittel und daher gebühren ihm auch die höchsten Zinsen. (In Sonderfällen, wie Wirtschaftskrisen, kann die Wertstabilität von Rohstoffen erstrebenswerter sein, da auch die Geldzinsen den Kaufkraftverlust schlechter ausgleichen als z.B. Anlagen in Gold, Öl usw.)

Um nun zu verhindern, daß sich zuviel Geld an einer Stelle ansammelt, gibt es verschiedene Werkzeuge. Zum einen Steuern, zum anderen eine künstliche Wertminderung des Geldes.

Steuern werden auf die meisten Einkommen erhoben. Leider nicht nur auf Kapitaleinkommen, sondern auch auf Arbeitseinkommen. Das Arbeitseinkommen, von welchem schon der Mehrwert der Arbeit, der Kapitalzins, abgezogen wurde, wird so zusätzlich durch eine Steuer gemindert. Darüber hinaus wird durch Verbrauchssteuern hauptsächlich das Arbeitseinkommen belastet und weniger das Kapitaleinkommen, welches meist nicht verbraucht, sondern neu investiert (akkumuliert) wird. Somit tragen weder Einkommens- noch Verbrauchssteuern zu einer gerechten Verteilung des Geldes bei, im Gegenteil. Und werden zum Beispiel einmal gewährte Steuervorteile gestrichen, wie die Entfernungspauschale, so stellt dies auch eine Lohnkürzung dar.

Eine Wertminderung des Geldes, man kann auch Inflation sagen, ist durchaus künstlich. Indem nämlich die Zentralbank den Leitzins, das ist sozusagen der Preis des Geldes, senkt oder niedrig hält, erhöht sie die Kreditnachfrage und somit die umlaufende Geldmenge. Die

se Vergrößerung der Geldmenge verteuert über den Angebot-Nachfragemechanismus den Verbrauch. Investitionen, in Geld getätigt, werden meist durch Kredite finanziert. Nun werden durch die Inflation aber auch Geldschulden entwertet. Das bevorzugt wiederum Einkommen aus und Investitionen in, Kapital und benachteiligt Einkommen aus Arbeit und den Verbrauch. Verbrauch kann man auch als Investition in die eigene Arbeitskraft betrachten.

Die momentan betriebene Praxis der Zentralbank mindert das Realeinkommen aus Arbeit durch sinkende Reallöhne. (In Lohneinheiten gerechnet, vorausgesetzt es findet keine entsprechende Lohnanpassung statt.) Somit ist auch dieses Instrument, die Inflation, nicht geeignet, einer Reichtumskonzentration entgegen zu wirken. Es mag sehr verwundern, daß scheinbar weder Steuern noch rein monetäre Steuerungselemente in der Lage sind, den Reichtum in einer volkswirtschaftlich sinnvollen Art und Weise gerecht zu verteilen. Es ist natürlich auch möglich, daß weder der Staat noch die Zentralbank daran interessiert sind, dies zu tun. Der Eindruck entsteht, daß die ZB einzig dazu geschaffen wurde, die optimalen monetären Bedingungen für die Kapitalakkumulation sicherzustellen. Was den Staat angeht, trifft es folgendes Zitat recht genau: »Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.« (Manifest der kommunistischen Partei, Marx/Engels).

Der Vollständigkeit halber sei auch an die Sozialversicherung erinnert, welche fast zur Gänze aus Arbeitseinkommen finanziert wird, welche unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Da jene Beiträge als sogenannte Lohnnebenkosten im Grunde Lohnkosten sind, werden per Definition mit deren Senkung auch die Löhne gesenkt. Ebenso stellen Leistungskürzungen eine Lohnkürzung dar, ebenso wie verschärfte Zumutbarkeitsregelungen (weg zur Arbeit, etc.). Und wie Sie jetzt sicher richtig vermuten, sind die Reallöhne in den letzten Jahren viel stärker gesunken als Sie es vermutet haben. Schon John Maynard Keynes wußte, daß ein Sinken des Reallohnes sehr viel weniger Staub im Lager der Proletarier aufwirbelt als eine Kürzung der Nominallöhne, doch mit so viel Duldsamkeit der Arbeiterklasse hatte vermutlich nicht mal er gerechnet.

Von Gerechtigkeit sind wir also noch weit entfernt, ja wir entfernen uns immer weiter, beziehungsweise wir lassen uns entfernen, von den immer voller werdenden Futtertrögen, welche schließlich überlaufen. Und wer darf die Schweinerei dann wieder sauber machen?

Meine Meinung: Gerechtigkeit wird einem nicht gewährt, Gerechtigkeit muß man sich erkämpfen. Nur, wenn man allein kämpft, bekommt man aufs Maul. Ein gesundes und vor allem gerechteres neues Jahr 2008

ANDY LOSCH

»Begrüßungsgeld« frei

Wenn Gemeinden für Neugeborene ein Begrüßungsgeld zahlen, sollte dieses nach Ansicht der Bundesregierung nicht auf Hartz-IV-Leistungen angerechnet werden. Dies ergab jetzt eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) an die Bundesregierung.

Anknüpfend an die Tatsache, daß auch in Brandenburg immer mehr Kommunen für Neugeborene zahlen oder zahlen wollen, hatte Dagmar Enkelmann gefragt, ob dieses Geld auf die Zahlung von ALG II angerechnet wird.

Namens der Bundesregierung antwortete jetzt der Staatssekretär im Arbeitsministerium, Klaus Brandner: »Ein von einer Gemeinde für Neugeborene gezahltes ‚Begrüßungsgeld‘ sollte nach Auffassung der Bundesregierung nicht als Einkommen auf die Regelleistungen und die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II angerechnet werden.« Die Regelungen zum Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, so der Staatssekretär weiter, ließen es zu, »bestimmte Leistungen anrechnungsfrei zu belassen, auch wenn sie grundsätzlich einem ähnlichen Zweck wie die Leistungen des SGB II dienen.«

Dagmar Enkelmann begrüßte diese Klarstellung. Sie forderte zugleich, weitere Leistungen nicht auf das ALG II oder Sozialgeld anzurechnen, wie beispielsweise Verpflegung bei stationärem Aufenthalt im Krankenhaus. »Hartz IV hat – neben einem bürokratischen – vor allem ein soziales Desaster angerichtet. Statt nach dem Urteil des Verfassungsgerichts nun endlos über eine Organisationsreform von Hartz IV zu streiten, sollte die Große Koalition schnellstens den Regelsatz auf mindestens 435 Euro anheben«, verlangt Dagmar Enkelmann. Die beste Hartz-IV-Reform sei allerdings, das Gesetz vollends abzuschaffen.

BÄRBEL MIERAU,

Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro Enkelmann

MOSES wird weitergeführt

Vor fast drei Jahren startete der Modellversuch für Selbständigkeit an den Schulen im Land Brandenburg (MOSES). An diesem beteiligte sich auch die Grundschule Schwärzese mit ihrem Schulträger Stadt Eberswalde und der Landkreis Barnim. Der Vertrag dazu lief zum Jahresende aus. Nach Ansicht des Grundschulleiters und des Projektpartners nahm der Modellversuch einen außerordentlich positiven Verlauf. Aus diesem Grund soll der eingeschlagene Weg weiter beschritten und ausgebaut werden. Am 11. Dezember wurde daher ein weiterführender Vertrag mit Ziel- und Budgetvereinbarung abgeschlossen und durch die Partner Schulleiter Ernest Hobohm, Bürgermeister Friedhelm Boginski und die Kreisschulrätin Brigitte Reuscher, in Anwesenheit des Staatssekretärs Burkhard Jungkamp vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, feierlich unterzeichnet.

Der Boden ist Ressource und Lebensgrundlage

Die Internationale Bodenkundliche Union (IUSS) hat im Rahmen ihres 17. Weltkongresses, im August 2002 in Bangkok, den 5. Dezember zum Weltbodentag (World Soil Day) ernannt. Mit ihm soll ein jährliches Zeichen für die Bedeutung der natürlichen Ressource Boden gesetzt werden.

Die Böden sind ein wesentlicher Teil des Lebensraums für Menschen, Tiere, Pflanzen und Pilze. Sie stellen eine Vielzahl von Leistungen für die Gesellschaft zur Verfügung:

- die Produktionsfunktion für Nahrungsmittel und Biomasse,
- die Speicher-, Filter- und Pufferfunktion für Wasser, Nähr- und Schadstoffe,
- die Transformationsfunktion, indem im Boden anorganische und organische Stoffumsätze ablaufen
- die Genreservfunktion zur Erhaltung der Artenvielfalt,
- die Archivfunktion zur Erhaltung des Natur- und Kulturerbes,
- die Rohstofffunktion zur Gewinnung von Baumaterialien

Diese Leistungen können die Böden nur erfüllen, wenn sie in entsprechender Quantität und Qualität erhalten werden. Durch eine anhaltende Übernutzung verlieren sie jedoch ihre wichtigen Funktionen. Allein in der BRD werden pro Tag rund 130 ha bebaut oder versiegelt. Auf einen Zeitraum von 6 Jahre bezogen

entspricht das einer Fläche von der Größe des gesamten Saarlandes.

Der Mensch braucht aber intakte Böden zum Leben genauso wie die Luft und das Wasser. Darüber hinaus kann der Boden in Hinblick auf die anzunehmenden Folgen und Gefahren durch den globalen Klimawandel ein entscheidender Bestandteil von Lösungsstrategien sein: Neben ihren vielseitigen Funktionen können Böden auch als Kohlenstoffspeicher dienen, indem das CO₂ aus der Atmosphäre in ihnen gebunden wird. Auf diesen Zusammenhang hatte bereits Dipl.-Chemiker und Forstmeister a.D. Rudolf Behm eindrucksvoll in dem Buch »Mulch total – Der Garten der Zukunft« hingewiesen, das er gemeinsam mit Kurt Kretschmann veröffentlicht hat. Allein durch eine Zunahme des Humusgehalts im Boden von nur 0,1 % können laut der FAL ca. 4,6 t CO₂ pro ha aus der Atmosphäre entzogen werden. Eine Tatsache, die große Chancen bietet, insbesondere für die großen sektoralen Flächennutzer in der Land- und Forstwirtschaft.

Während viele Wissenschaftler behaupten, daß eine deutliche Zunahme des Humusgehalts nur über Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte möglich sei, konnte durch wissenschaftliche Begleituntersuchungen in einem von mir initiierten Modellprojekt belegt werden, daß in nur 4 Jahren der Humusgehalt von 2,6 % trotz schwieriger Ausgangsbedingungen auf über

4 % gesteigert werden konnte. Gleichzeitig konnte der Wasserhaushalt des Bodens durch den Einsatz von nachhaltigen Bewirtschaftungsmethoden erheblich verbessert werden (im Vergleich zu einem konventionell bewirtschafteten Kontrollbeet lagen die Bodenfeuchtigkeitswerte auf den Versuchsfeldern doppelt so hoch). Es kann durchaus angenommen werden, daß sich durch den Einsatz von neuen, innovativen Technologien der Kohlenstoffgehalt im Boden noch weiter steigern läßt.

Trotz dieser erstaunlichen Ergebnisse fanden die Untersuchungen bei Forschungseinrichtungen und Umweltverbänden kaum Beachtung. Gemeinsam mit dem bereits verstorbenen Naturschutznestor, Kurt Kretschmann, haben wir viele Jahre lang vergeblich versucht, auf die Bedeutung des Mulchens (Bedeckung des Bodens mit organischen Materialien) für eine schonende und nachhaltige Form der Bodenbewirtschaftung hinzuweisen. Die erzielten Ergebnisse werden hierbei durch zahlreiche Veröffentlichungen bestätigt.

Angesichts der bevorstehenden Probleme im Land Brandenburg (zunehmende Austrocknung der Landschaft aufgrund sandiger Böden und geringen Niederschlägen und häufigerem Auftreten von Klimaextremen) sollten diese Zusammenhänge jedoch größere Beachtung finden.

DANIEL FISCHER

Kommunalaufsicht im Dornröschenschlaf

Wie kann eine ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH zu dem Ergebnis kommen, daß ein Unternehmen wie der ZWA für einen längeren Zeitraum hinsichtlich der Finanzierung gesichert ist? Gerade jetzt die beschlossene Billigkeitsmaßnahme mit einer Rückzahlungsdauer von über 15 Jahren zeigt doch deutlich die Probleme des Zweckverbandes auf, um 2.400 Beitragszahlern ihre gezahlten Beiträge wieder zurückzuerstatten.

Dabei ist verwunderlich, daß die Kommunalaufsicht ihrer Verpflichtung nicht nachkommt und den ZWA bei der Bereitstellung der Mittel für die Beitragsrückzahlung unterstützt. Sie ist es doch, die diesen Zustand zu vertreten hat, durch ihre unzureichende Arbeit als Aufsichtsbehörde. Die Kommunalaufsicht des Kreises Barnim hat überhaupt nicht begriffen, was die bisherigen gerichtlichen Verfahren aussagen, um was es geht. Das zeigt sich auch in der neu beschlossenen Gebührensatzung für die leitungsgebundene Schmutzwasserbeseitigung, wo keine entscheidende Veränderung bei den Gebühren eingetreten ist. Es wurde lediglich die niedrigere Verbrauchsgebühr gestrichen und durch einen Billigkeitsausgleich ersetzt. Es ist schon paradox, wenn man feststellen muß, daß der Grundstücksbe-

sitzer von einem Einfamilienhaus, also einer WE, eine Grundgebühr von 300 Euro/Jahr für Trinkwasser und Schmutzwasser zu zahlen hat, genauso wie ein Wohnblock mit 30 WE. Dort zahlt man umgerechnet im Jahr nur eine Grundgebühr von 10 Euro.** Hier ist scheinbar die Bemerkung des Oberverwaltungsgerichtes nicht angekommen bzw. nicht für voll genommen worden.

Wenn der Zweckverband nun davon ausgeht, daß deutliche Einsparungen durch Verzicht auf gerichtliche Auseinandersetzungen möglich sind, so hätte ich doch erwartet, daß wesentliche Änderungen der Gebührensatzung erfolgt wären zugunsten einer Gleichbehandlung der Bürger, was eben nicht erfolgt ist.

Dies hat aber in erster Linie die Kommunalaufsicht zu verantworten, die dem Zweckverband nicht die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen hat. Ich konnte jedenfalls nicht bemerken, wie sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Zweckverband gerecht wurde.

Nach den Beschlüssen der letzten Versammlung muß ich davon ausgehen, daß weitere Klagen erfolgen werden. Die Gebührensatzungen entsprechen nach wie vor nicht den gesetzlich notwendigen Bestimmungen einer Gleichbehandlung der Bürger, wobei ich

mir auch nicht vorstellen kann, daß die ermittelten Gebührensätze nachgewiesen werden können. Die Erwartungshaltung bei den Bürgern ist jedenfalls eine andere.

Ich sehe mich gezwungen, gegen die neue Gebührensatzung weiter Klage beim Oberverwaltungsgericht einzuleiten.

Ich wünsche der Kommunalaufsicht des Kreises Barnim weiterhin viel Erfolg bei ihrem Dornröschenschlaf.

HEINZ KINNER

* Der Autor bezieht sich in seinem Beitrag auf einen Artikel in der »Märkischen Oderzeitung« vom 4.12.2007. Darin wird über das Ergebnis der Planungsrechnungen des ZWA für die Jahre 2008 bis 2016 berichtet. Dabei ging es um die Klärung, ob der ZWA die Belastungen aus der Beitragsrückzahlung an 2.400 ZWA-Kunden tragen könne. Dafür sollen bis 2023 jährlich rund 460.000 Euro aufgewendet werden. Die Wirtschaftsprüfung der ECOVIS GmbH habe ergeben, daß der ZWA bei leicht steigenden Umsätzen und abnehmender Zinsbelastung künftig positive Jahresabschlüsse erwirtschaften und so Investitionen, Kapitaldienst und laufende Kosten bedienen könne. Die Belastungen durch den Billigkeitsausgleich könnten durch Einsparungen aufgefangen werden, insbesondere durch den Verzicht auf gerichtliche Auseinandersetzungen. Im Jahr 2006 konnte der ZWA einen Überschuß von 50.000 Euro erwirtschaften gegenüber 13.000 Euro im Vorjahr.

** Bei dieser Rechnung bleibt unberücksichtigt, daß in Mehrfamilienhäusern meist Zähler mit höheren Querschnitten verwendet werden, für die auch höhere Grundgebühren gelten.

»So wird Biomassenutzung pervertiert«

Das sächsische Unternehmens Choren hat angekündigt, in Schwedt/Oder eine erste große Raffinerie zur Herstellung von Biomasse-Treibstoffen (Sundiesel) anzusiedeln. Solche zentralen, industriellen Anlagen pervertieren die Biomassenutzung. Das hat mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit rein gar nichts mehr zu tun. Zentrale Großanlagen widersprechen der Zielsetzung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes und ziehen massive Probleme nach sich. Es stellt sich insbesondere eine Frage: Wo sollen die gewaltigen Mengen an Biomasse herkommen? Alle in der Region großflächig angebaute Biomasse ist bereits verteilt.

In Schwedt gibt es schon ein Biodieselwerk und eine Bioethanolanlage. Seit diesem Jahr wird die Bioethanolanlage in Kurzarbeit gefahren, weil die Rohstoffverteuerung und Absatzprobleme die Produktion gefährden. In der Region entsteht außerdem in Penkun (Uckermark) ein riesiger Biogaspark eines Großinvestors mit bis zu 40 Biogasanlagen mit einer Leistung von je 500 Kilowatt. Allein diese Anla-

gen benötigen gewaltige Mengen an Rohstoffen, die die Region bei weitem nicht bereitstellen kann.

Ich erwarte von der brandenburgischen Landesregierung, daß sie keinen Cent Fördermittel für solche Anlagen mehr ausgibt! Die mehrfach gescheiterte Großprojekte-Strategie des Landes Brandenburg muß ein für alle mal ein Ende haben!

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die 30 Millionen Förderung für die Schwedter Bioethanolanlage erinnern. Sie wurde nach Vorlage eines Betriebskonzepts gewährt, das vorsah in erster Linie einheimischen Roggen zu verarbeiten. Zukünftig sollen dort aber nach Aussagen der Geschäftsführung statt Roggen nur noch Zuckerrübensirup und brasilianisches Rohethanol als Ausgangsstoffe weiterverarbeitet werden. Diese müssen weite Wege bis nach Schwedt zurücklegen, da bleibt die Nachhaltigkeit auf der Strecke.

CORNELIA BEHM,
MdB Bündnis 90/Die Grünen

Attac startet Kampagne gegen die vier großen Stromkonzerne

Demokratisierung der Energiewirtschaft

Mit einer phantasievollen Aktion vor der RWE-Repräsentanz in Berlin hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac am Mittwoch gegen diegeforderte Politik der vier großen Stromkonzerne und die jüngsten Strompreiserhöhungen protestiert. Die Aktion bildete den Auftakt zu einer Attac-Kampagne gegen die Stromkonzerne. »Wir sprechen EON, RWE, Vattenfall und EnBW die Existenzberechtigung ab und fordern ihre Enteignung, Zerlegung und Überführung in kleinere Einheiten unter demokratischer Kontrolle«, sagte Jutta Sundermann vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. Mit den vier Energieriesen werde es weder wirksamen Klimaschutz geben noch soziale Stromversorgung und demokratische Kontrolle der Energiewirtschaft.

Bei der Aktion schritten vier als »unheilige Könige« verkleidete Aktivistinnen und Aktivisten die Stufen zum Berliner Sitz von RWE empor. Ihre »Lakaien« trugen eine Karte, auf der Deutschland in vier Königtümer aufgeteilt ist: EON, RWE, Vattenfall und EnBW. Vor dem Ziel stoppten die wütenden Bürgerinnen und Bürger die Stromkönige, forderten Demokratie statt Strom-Monarchie und schlugen die vier Herrscher in die Flucht.

»Die vier Konzerne herrschen tatsächlich wie Monarchen über den Strommarkt. Statt soziale Preise zu gewährleisten und in erneuerbare Energien zu investieren, erwirtschaften sie Rekordgewinne, um mit gefüllten Kassen international zu expandieren«, sagte Alexis Passadakis, ebenfalls vom Attac-Koordinierungskreis. So gelinge es den Stromkonzernen, Eigenkapitalrenditen von bis zu 31 Prozent (RWE 2006) zu erzielen. Innerhalb weniger Jahre erhöhten sie die



Die »unheiligen« Könige auf der Flucht.

Strompreise um mehr als 30 Prozent. Ihre Marktmacht ermöglicht es ihnen, die Preisgestaltung an der Strombörse in Leipzig zu manipulieren. Gleichzeitig wird jährlich mehr als 800.000 Menschen in Deutschland der Strom oder das Gas abgedreht, weil sie die hohen Rechnungen nicht bezahlen können.

EON, RWE, Vattenfall und EnBW sind nach Ansicht von Attac aber nicht nur Preistreiber, sondern auch Klimakiller, die einer echten Energiewende im Weg stehen: Sie setzen auf den Neubau von etwa zwei Dutzend Kohlekraftwerken, die noch mehr CO₂ in die Luft jagen werden. Die Konzerne fahren riesige Gewinne ein, weil sie Atomstrom aus abgeschriebenen Schrottreaktoren billig produzieren und teuer verkaufen. Die Klimazertifikate, die ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, stellen sie den Kunden dennoch in Rechnung.

Ursache für die Macht der Stromkonzerne ist laut Attac auch eine falsche Energiepolitik, die auf die Expansion von Energiekonzernen ins Ausland setzt, um fossile Rohstoffquellen und Transportwege zu sichern. Die dabei entstehenden Strukturen behindern den Umbau zu einer ökologischen und sozialen Energieversorgung. Attac-Koordinierungskreis

Über 100 Bäume bedroht

Ahrensfelde (bbp). Wieder sind alte Bäume in Gefahr. Die Gemeinde Ahrensfelde will im Zuge von Straßenerneuerungsmaßnahmen 106 Bäume, überwiegend 80-jährige Linden, in der Freiligrathstraße, in der Fichtestraße und in der Jahnstraße fällen lassen. Dies beantragte der Ahrensfelder Bürgermeister Wilfried Gehrke (CDU) am 29. November 2007 beim Landkreis Barnim. Als Ersatz sollen »115 geeignete Kleinbäume« in den betroffenen Straßen und fünf weitere an der Ahrensfelder Straße gepflanzt werden. Daß mit dieser »Ersatzmaßnahme« auf Jahrzehnte hinaus der ökologische Verlust und der Verlust an Lebensqualität nicht ausgeglichen werden kann, darüber sind sich die Fachleute vom Barnimer Baumschutzstammtisch einig. Die Fällungen müssen bis Mitte März 2008 abgeschlossen sein. Befürchtet wird indes, daß schon im Januar Tatsachen geschaffen werden.

Pünktlich eingereicht

Strategie Eberswalde 2020

Eberswalde (prest-ew). Die Stadtverwaltung Eberswalde hat wie vereinbart, die förderbezogene Vertiefung der »Strategie Eberswalde 2020« (INSEK) als Grundlage für das Auswahlverfahren zur Förderung im Rahmen des EFRE-finanzierten Programmes »Nachhaltige Stadtentwicklung« an das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg (MIR) übersandt.

Die noch im Oktober im Ministerium diskutierten Themen, die angeregten Hinweise sowie der im Ergebnisvermerk zusammengefaßte Qualifizierungsbedarf wurden aufgegriffen und bei der Überarbeitung der förderbezogenen Vertiefung entsprechend berücksichtigt. Insbesondere wurden bei der weiteren Vertiefung die im EFRE-OP (operationelles Programm) des Landes Brandenburg formulierten Ziele einer »Nachhaltigen Stadtentwicklung« nochmals sehr intensiv diskutiert und die Ergebnisse der Diskussion in das INSEK eingearbeitet.

Die Stadt Eberswalde betrachtet Stadtentwicklung auch weiterhin als einen Prozeß, der immer wieder hinsichtlich seiner Zielsetzungen und erwarteten bzw. erreichten Ziele überprüft und an neue Anforderungen angepaßt werden muß. Insofern enthält die breit ausgerichtete Maßnahmen einerseits konkrete Projekte, die zügig umgesetzt werden können, andererseits auch Projektansätze, die im weiteren Prozeß noch deutlich konkretisiert und untersetzt werden müssen. Eberswalde erhofft sich, als eine förderwürdige Stadt ausgewählt zu werden, um im Förderzeitraum bis 2013 noch viele wichtige Projekte der Stadtentwicklung realisieren zu können.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42 (nach 18 Uhr)

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Protest und Widerstand in Deutschland und Frankreich:

J'accuse – Ich klage an!

II. Zola und die Dreyfus-Affäre 1898

In Teil I erinnerten wir an den mutigen Angriff Heinrich Heines gegen die Bundesakte von 1815, der staatsrechtlichen Grundlage der Absolutismus in Deutschland. Wie Heine wurde auch Émile Zola aus seinem Heimatland ins Exil getrieben, beide waren mit dem Antisemitismus ihrer Zeit konfrontiert. Heine hatte 1832 Mühe, sich in Deutschland gegen die Zensur Gehör zu verschaffen. Dagegen hatte Zolas Auftreten wesentlichen Anteil an einer Wende der französischen Innenpolitik.

Aus einer Spionageaffäre im französischen Generalstab, verbunden mit Intrigen, um die Schuldigen zu decken, entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts in Frankreich ein einzigartiger politischer Skandal. Die Armeeführung versuchte um jeden Preis, ihre absolute Autonomie zu bewahren, auch noch, als klar wurde, daß ein Unschuldiger büßen mußte. Der Artilleriehauptmann Dreyfus war das ideale Opfer: Jude, Elsässer mit deutschem Namen (die Familie hatte 1871 für Frankreich optiert). Eine Koalition von Monarchisten, Klerikalen, Antisemiten schürte eine hysterische Pogromstimmung gegen Juden, Intellektuelle, Linke. »Ich hörte in meinem Wagen, in dem man mich den ganzen Nachmittag eingesperrt hielt, wie die Menge anschwell und wie sie heulte und tobte. Endlich holte man mich heraus. Sobald ich erschien, brach das Toben doppelt wütend los. Schläge fielen auf mich nieder; um mich her balgte man sich wild«, notierte der Gefangene von der Reise zur Atlantikküste. Auf die Sträflingsinsel verbannt, unter dem Tropenklima, den Schikanen seiner Wärter, dem Ausbleiben von Nachrichten leidend, ohne Kontakt zu Anwälten, zeitweise in Eisen gelegt, ahnte Dreyfus nichts vom Geschehen in der Heimat.

Schließlich zeichneten sich in Frankreich die wirklichen Zusammenhänge ab. Nun traten angesehene Persönlichkeiten für den fernen Gefangenen ein: die Schriftsteller Anatole France und Émile Zola, der Senatsvizepräsi-

dent Scheurer-Kestner, selbst Elsässer, der begabte Journalist Georges Clémenceau, kämpferischer Protagonist der radikalen Republikaner, und der beredete Sozialistenführer Jean Jaurès. Als der »Tiger« Clémenceau im Januar 1898 den sensationellen Brief von Zola an den französischen Präsidenten in seiner Zeitung veröffentlichte, erzwang das die Wende der Affäre.

Ein politisches Erdbeben veränderte die französische Innenpolitik. Die siegreichen Republikaner säuberten die Armee von monarchistischen Verschwörern und gingen gegen den Klerus vor. Ein Ergebnis – auch heute noch aktuell – war die strikte Trennung von Kirche und Staat in Frankreich.

Parallelen: Im Hamburger Terroristenprozeß gegen Motassadeq fällt das Landgericht sein Urteil wie einst das Kriegsgericht im Dreyfus-Prozeß unter Einbeziehung »geheimer« (CIA-)Dokumente. Der Bundesgerichtshof hob den Spruch auf. Nur Kampf um die Bürgerrechte verhindert solche Dreyfus-Affären!

ROLF RICHTER

Aus dem Offenen Brief von Émile Zola:

Die Affäre Dreyfus war die Affäre der Militärbürokratie, ein Generalstabsoffizier wird von seinen Kameraden vom Generalstab denunziert und unter Druck des Generalstabschefs verurteilt. Noch einmal: Dreyfus kann nicht als Unschuldiger zurückkehren, ohne daß der gesamte Generalstab der Schuldige ist... Es ist ein Verbrechen, daß man die Armen und



Der Artilleriehauptmann Alfred Dreyfuß

Niedrigen vergiftet, die Leidenschaften der reaktionären Unduldsamkeit aufstachelt, indem man hinter dem widerwärtigen Antisemitismus Schutz sucht, an dem das große liberale Frankreich der Menschenrechte stirbt, wenn es nicht von ihm geheilt wird...

Ich klage den General Billot an, die sicheren Beweise für Dreyfus' Unschuld in Händen gehabt und sie unterdrückt zu haben.

Ich klage den General de Boisdeffre und den General Gonse an, sich zum Mitschuldigen an dem Verbrechen gemacht zu haben.

Ich klage den General de Pellieux und den Major Ravary an, eine verbrecherische Untersuchung geführt zu haben.

Ich klage die drei Schriftsachverständigen an, lügenhafte und betrügerische Gutachten erstattet zu haben.

Ich klage endlich das erste Kriegsgericht an, das Recht verletzt zu haben, indem es einen Angeklagten auf Grund eines geheim gebliebenen Schriftstücks verurteilte, und ich klage das zweite Kriegsgericht an, diese Ungesetzlichkeit auf Befehl gedeckt zu haben.

Wage man also, mich vor das Schwurgericht zu stellen, und möge die Untersuchung im vollen Tageslicht geführt werden. Ich warte.

Literatur:

Dreyfus, Alfred: Fünf Jahre meines Lebens 1894-1899. Weimar 1966 (mit dem Text des Offenen Briefes von Zola und einer Darstellung der Affäre von Klaus Herrmann).

Fuchs, Günther u. Hans Henseke: Georges Clemenceau. Eine politische Biographie. Berlin 1983.

1894: Französischer Nachrichtendienst entwendet in der deutschen Botschaft ein Papier mit Einzelheiten über die französische Artillerie. Angeblich ist die Schrift der von Dreyfus ähnlich.

1894, 15.10.: Der jüdische Hauptmann im Generalstab Alfred Dreyfus wird wegen Spionage für das Deutsche Reich verhaftet.

1894, 28.10.: Antisemitische Zeitungen »enthüllen« den Namen des »Verräters« und lösen eine wüste antisemitische Kampagne aus.

1894, 22.12.: Manipulierter Prozeß vor dem Kriegsgericht. Der Geheimdienst unterdrückt für Dreyfus günstige Berichte, andere angebliche Beweise bleiben geheim, die Schriftgutachten widersprechen sich. Urteil: lebenslänglich Kerker, Ausstoßung aus der Armee, Deportation auf die »Teufelsinsel« (Französisch Guayana). Am 5.1.1895 wird Dreyfus öffentlich degradiert, am 15.3.1895 auf den Sträflingsinseln inhaftiert.

1896: Der neue Geheimdienstchef, Oberstleutnant Picquart, entdeckt eine Verbindung des deutschen Militärattachés zu einem Major Esterhazy. Der Geheimagent Henry vertuscht die Sache mit einem gefälschten Brief, Picquart wird nach Algier abgeschoben.

1897: Freunde der Familie Dreyfus veröffentlichen Schriftproben von Dreyfus und von dem Spionagedokument. Beide haben keine Ähnlichkeit, aber jemand erkennt die Schrift von Major Esterhazy. Auch wird die Entdeckung von Picquart bekannt. Nun tritt der Vizepräsident des Senats für Dreyfus ein und wendet sich an den Präsidenten. Doch Esterhazy wird vom Kriegsgericht freigesprochen.

1898, 13.1.: Offener Brief von Émile Zola an den Präsidenten in der Zeitung »L'Aurore«. Zola klagt den Generalstab, den Kriegsminister, das Kriegsgericht der Unterdrückung der Wahrheit an. Er verlangt eine Verleumdungsklage gegen sich selbst. Der Sozialistenführer Jean Jaurès fordert Revision des Dreyfus-Prozesses. Prozeß gegen Zola. Dieser läßt 200 Zeugen laden, Minister, Generäle, Militärrichter.

Aber alle Offiziere haben Aussageverbot. Zola erhält ein Jahr Gefängnis und 3000 Francs Geldstrafe. Er emigriert nach England. Henry wird als Fälscher eines Dreyfus belastenden Dokuments entlarvt und begeht im Gefängnis Selbstmord. Esterhazy flieht nach London. Revision des Dreyfus-Prozesses. Der Generalstabschef tritt zurück. Die Regierung stürzt. Zola kehrt nach Frankreich zurück.

1899: Das Kabinett Waldeck-Rochet säubert die Armee von monarchistischen Offizieren. Zweiter Dreyfus-Prozeß vor dem Kriegsgericht: zehn Jahre Zwangsarbeit. Der Präsident begnadigt Dreyfus.

1902: Zola stirbt in seinem Haus an einer Kohlenmonoxidvergiftung. Es wird Mord vermutet, aber nicht schlüssig bewiesen.

1906: Das zweite Dreyfus-Urteil wird als »irrtümlich« aufgehoben. Dreyfus erhält am Ort seiner Degradierung das Kreuz der Ehrenlegion.

Das Braess Paradox

Verringert der Bau von neuen Straßen den Stau?

Seit 2000 ruft das Bundesministerium für Bildung und Forschung Wissenschaftsjahre aus. Im 9. Jahr widmet es sich der Mathematik – einer der größten Kulturleistungen der Menschen. Für die »Barnimer Bürgerpost« stellt Dr. ULRICH POFAHL in einer losen Artikelfolge im Jahr 2008 einige bemerkenswerte Ergebnisse der Mathematik vor. Wir beginnen heute mit dem »Braess Paradox«.

Bedingt durch langfristige Bauarbeiten im Barnim versuchen die motorisierten Verkehrsteilnehmer jeder die »für sich« schnellste Route zu finden. Dadurch entsteht ein sogenanntes Nash-Gleichgewicht. Das bedeutet, wenn andere motorisierte Verkehrsteilnehmer ihr Verhalten nicht ändern, ist für den Einzelnen keine Verbesserung möglich. Diese von jedem als optimal empfundene Situation muß aber nicht das Systemoptimum sein. Es könnten Reserven erschlossen werden, würden alle Teilnehmer ihr individuelles Verhalten ändern.

Betrachten wir ein ganz einfaches Beispiel. Für die Fahrzeit soll gelten: Gesamtfahrzeit = Fahrzeit von der Auslastung der Straße unabhängig + Fahrzeit von der Auslastung abhängig. Der erste Summand kann weggelassen werden, weil er für das hier vorliegende Problem nicht von Bedeutung ist. Von Ort A nach Ort B gebe es nur 2 Straßen. Auf der einen Straße beträgt die Fahrzeit 55 Minuten, unabhängig von der Auslastung, auf der anderen, belastungsabhängig, beträgt die Fahrzeit $50 \cdot X^4$ Minuten, wobei $X \leq 1$ ist, und den Anteil des Verkehrsstromes darstellt.

Der hier gewählte Ansatz für den belastungsabhängigen Teil der Fahrzeit ist willkür-

lich, es wären durchaus auch andere Varianten möglich. Würden alle Fahrer die zweite Tour ($X=1$) wählen, so hätte jeder eine Fahrzeit von 50 Minuten. Wählen 10 % der Fahrer die erste Tour mit 55 Minuten Fahrzeit, würde sich für die übrigen 90 % der Fahrer auf der zweiten Tour eine Fahrzeit von $50 \cdot 0,9^4 = 32,8$ Minuten ergeben. Die mittlere Fahrzeit beträgt dann $0,1 \cdot 55 \text{ Min.} + 0,9 \cdot 32,8 \text{ Min.} = 35$ Minuten, damit hätte man insgesamt 30 % der Zeit gespart.

Man beachte, wir haben hier ein ganz einfaches Beispiel mit nur 2 Verbindungen. In der Realität existieren z.B. für Berlin 35.000 Verbindungen zwischen Orten!

Erweitern wir das Beispiel. Jetzt gebe es eine Tour von A über C nach B und eine von A über D nach B mit den Fahrzeiten A nach C $30 \cdot X$ Min., C nach B 50 Min. sowie A nach D 50 Min., D nach B $30 \cdot X$ Min. Die Auslastung sei $X \leq 1$. Wir vereinfachen hier den Ansatz für die belastungsabhängige Fahrzeit, indem wir die 4. Potenz weglassen.

Der Zustand des Nash-Gleichgewichts wird auf beiden Touren $X=0,5$ sein, mit den Fahrzeiten A nach C $30 \cdot 0,5$ Min. C nach B 50 Min., also 65 Min. für A nach B über C, und A nach D 50 Min. D nach B $30 \cdot 0,5$ Min., also 65

Min. Das wäre zugleich die mittlere Fahrzeit. Somit wäre alles in Ordnung.

Nun wird zwischen C und D eine Straße gebaut mit der Fahrzeit 10 Minuten. Blicke es bei der bisherigen Verkehrsverteilung, würde sich die Fahrzeit von A nach B für einzelne Nutzer der neuen Straße deutlich verkürzen auf $30 \cdot 0,5 + 10 + 30 \cdot 0,5 = 40$ Minuten. Aber nun werden ja alle diese Verbindung nutzen. Daher beträgt die Fahrzeit nunmehr von A nach C $30 \cdot 1$ Min., von C nach D 10 Min. und D nach B $30 \cdot 1$ Min. – macht zusammen 70 Minuten.

Statt besser, ist es jetzt für alle schlechter geworden. Zurückgehen will jetzt auch keiner mehr, weil jede der ursprünglichen Touren nun die Fahrzeit $30 \cdot 1 + 50 = 80$ hätte. Würden sich die Verkehrsteilnehmer absprechen, das die eine Hälfte den Weg ADB nehmen (Fahrzeit $50 + 1 \cdot 30 = 80$ Min.), und die andere Hälfte nimmt ACDB (Fahrzeit $30 \cdot 0,5 + 10 + 30 \cdot 1 = 55$ Min.), dann ergibt sich eine mittlere Fahrzeit von 67,5 Minuten, was auch eine Verschlechterung darstellt.

Dieser Effekt wurde erstmals 1968 von dem Bochumer Mathematiker Dietrich Braess beschrieben, nach ihm wurde dieses Braess-Paradox benannt. **Eine Aktion bewirkt also genau das Gegenteil von dem was beabsichtigt war.**

In der BRD forschen die Autokonzerne Daimler und BMW an den Eigenschaften von Verkehrsströmen. Von universitärer Seite ist die TU Berlin mit Prof. Rolf Möhring, von dem auch das Beispiel stammt, beteiligt. In der Praxis kann man durchaus beobachten, daß nach dem Bau von neuen Schnellstraßen auf den Zufahrtswegen Staus entstehen.

Länger bleiben und mehr ausgeben

15. Tourismuskonferenz im Landhaus Ladeburg

»Existenzgründung im Tourismusbereich« - zu diesem Thema hatten die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) sowie Carsten Bockhardt (CDU), stellvertretender Landrat und Dezernent für Kreisentwicklung, Anfang Dezember ins Landhaus Ladeburg nach Bernau geladen.

Gekommen waren neben anderen Martin Linsen, Referatsleiter Tourismus im Potsdamer Wirtschaftsministerium, und Birgit Freitag, Pressesprecherin der Tourismus-Marketing-Brandenburg GmbH. Die fachlich kompetente Runde stand gut zweieinhalb Stunden Rede und Antwort – und dies weit über den Rahmen des vorgegebenen Themas hinaus.

»Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Land Brandenburg wie auch im Landkreis Barnim«, betonte Dagmar Enkelmann in ihren einführenden Worten. »Ein Zuwachs bei den Gästezahlen von 6,5 und bei den Übernachtungen von 5,2 Prozent im 1. Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie auch der realen Umsätze machen Mut, auf die Karte Tourismus zu setzen. Dazu gehört auch die Gründung von Unternehmen.«

Mit weiteren Zahlen, Fakten und Prognosen erhielten die Zuhörer einen breiten Einblick in bislang Erreichtes, aber auch in vorhandene

Defizite. Der Tourismus-Markt, erklärte Linsen, sei insgesamt stabiler und professioneller geworden. Doch gebe es für Besucher nach wie vor zu wenig Möglichkeiten, ihr Geld in der Region zu lassen. Die Brandenburger Tourismuspolitik orientiere sich an Themen wie Wassertourismus, Barrierefreiheit und Gesundheitstourismus.

Birgit Freitag verwies auf den Anteil von zwei Dritteln, die die Tagestouristen am gesamten Besucheraufkommen haben, sowie auf den eher bescheidenen Anteil ausländischer Gäste (7 Prozent). Diesen jedoch versucht die TMB durch eine Intensivierung des Auslandsmarketings zu erhöhen. Die Nähe zur Hauptstadt mag dabei hilfreich sein, so Freitag, doch setze man auf ein eigenständiges Profil für Brandenburg. Das Land habe eine gute Chance auf dem Markt der Kurz- und Mehrfachurlauber, zumal viele bundesdeutsche Bürgerinnen und Bürger wieder vermehrt Urlaub im Inland machten

und mehrere Kurzreisen im Jahr bevorzugten. Mit entsprechenden Programmen wie »Winterliches Brandenburg« sei es nun auch möglich, die Gästehäuser ganzjährig zu nutzen.

Ein Vorteil der Veranstaltung war, daß in der Runde Probleme konkret angesprochen und sehr direkt diskutiert werden konnten. Diane Löser vom »Barrierefreien Geschichtstourismus in Brandenburg e.V.«, Schönnow, forderte eine bessere Schulung des Personals im Umgang mit Touristen. Michael Holländer, Geschäftsführer »Zum Zickenschulze«, Bernau, bedauerte die mangelhafte Info des Arbeitsamtes über Fördermöglichkeiten bei der Übernahme von Auszubildenden in den ersten Arbeitsmarkt. Harald Fiebig vom LKS Landschaftsbau Eberswalde kritisierte, daß nach Fertigstellung von Radwegen die Nachsorge vernachlässigt wird – ein Grund für Bockhardt, ein sofortiges Gespräch mit dem seit zwei Jahren agierenden Kreisradwegewart zu führen. Bockhardt hatte Eberhard Hielscher von der WITO GmbH mitgebracht, um Fragen sogleich vor Ort beantworten zu können.

»Wenn auch in einem kleineren Rahmen als gewohnt,« so Enkelmann zum Abschluß, »konnten doch viele der hier gestellten Fragen beantwortet und entsprechende Kontakte geknüpft werden.«

LUTZ TEMPELHAGEN

God Jul och Gott Nytt År« – »Fröhliche Weihnachten und ein fröhliches neues Jahr« wünsche ich allen aus dem hohen Norden. Ich hatte also die Möglichkeit die Adventszeit, den Heiligabend und Silvester in Stockholm zu verbringen. Aber der Reihe nach.

Pünktlich zum ersten Advent holten die Schweden ihre Weihnachtsdeko aus dem Keller, oder vom Dachboden. Überall standen nun kleine »Tomten« – Weihnachtsmänner, Lichterbögen in den Fenstern, »Julböcker«, Weihnachtssterne und jede Menge Kerzen. Der »Julbock« ist ein aus Stroh gefertigter Bock, der ein rotes Band trägt. Adventskränze wie bei uns gibt es hier nicht. Der Brauch, an jedem Adventssonntag eine Kerze anzuzünden, ist auch hier üblich, allerdings stehen die 4 Kerzen in einer Reihe. Die traditionellen Farben für Weihnachten sind rot, weiß und grün. Die Kinder basteln mit Vorliebe Knallbonbons mit Süßigkeiten, die sie dann in den Weihnachtsbaum hängen. Den Nikolaus kennt man in Schweden nicht. Um meiner Familie diesen deutschen Brauch näherzubringen, übernahm ich die Rolle des Nikolaus. War das eine Freude, als die Kinder am 6. Dezember in mein Zimmer stürmten und ganz aufgeregt riefen: »Marie, Marie der Nikolaus war da!«

Anstelle des Nikolaus feiern die Schweden Lucia und zwar genau eine Woche später am 13. Dezember. Lucia ist das Lichterfest, bei dem Licht in die dunkle Jahreszeit gebracht wird. Ursprünglich stammt dieser Brauch aber aus Italien und bezieht sich auf die Märtyrerin Lucia. Jede Stadt kürt ihre Lucia, die dann am frühen Morgen den Festzug durch die Stadt anführen darf. Am 13. Dezember serviert meist die älteste Tochter allen Mitgliedern der Familie »Lussekatter« und Kaffee, Tee oder Milch. »Lussekatter« sind Safrangebäcke mit Rosinen, übersetzt heißt dieses Wort »Teufelsschwanz«. Überall in ganz Schweden singt man zu Lucia das »St. Lucia«-Lied. Wir haben in unserer Schwedischschule das Fest mit vielen anderen Aupairs gefeiert. Unsere Lehrerin holte ihre Gitarre raus und wir sangen mehre schwedische Weihnachtslieder. Später sangen wir dann noch einige Titel auf deutsch. Wir haben auch unsere Lucia gekürt. Sie trug dann ein weißes Nachthemd, ein rotes Band um die Hüften und eine Lichterkrone auf dem Kopf.

Auch meine Kinder aus der Familie hatten ihr Luciafest im Kindergarten. Die Kinder zogen mit Lucia an der Spitze ein und sangen dazu schwedische Weihnachtslieder. Es gibt neben der Lucia noch den »Sternenjungen« Stafan, viele kleine »Tomten« – Weihnachtsmänner und -frauen, Pfefferkuchenmänner und weitere Mädchen, die sogenannten »Tärnor«. In den Händen hielten sie elektrische Kerzen oder Lampen. Es war sehr schön anzusehen. Danach wurde im Kindergarten noch ein wenig bei Glögg (schwedischem Glühwein) und »Lussekatter« weitergefeiert.

Glöggpartys feiern die Schweden sehr gerne. Der Glögg ist bei weitem nicht so stark wie un-

Ein Jahr in Schweden: Fünfter Monat – Dezember

»God Jul och Gott Nytt År«

Um unser nördliches Nachbarland besser kennenzulernen arbeitet Marie Lange für ein Jahr als Au Pair in einer schwedischen Familie. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie über ihre schwedischen Erfahrungen. Diesmal geht es natürlich darum, könnte es anders sein, wie die Schweden das Weihnachtsfest begehen.

ser Glühwein und auch viel süßer. Man trinkt ihn mit Rosinen und Mandeln aus einen 0,1 l Becher. Dazu ißt man dann »Lussekatter« und »Pepparkakor«, eine Mischung aus Pfefferkuchen und Spekulatius.

Ja und dann stand Weihnachten auch schon vor der Tür. Ich feierte schon am 21. Dez ein kleines Weihnachtsfest mit meiner schwedischen Familie. Nachdem ein kleines »Julbord« (Weihnachtsfestessen) serviert wurde, packten wir unsere Geschenke aus.

Am 23. Dez kamen dann endlich meine Eltern in Stockholm an. Sich nach fünf Monaten wiederzusehen war ein sehr seltsames Gefühl. Von den vielen Aupairs, die ich kenne, waren die meisten über Weihnachten nach Hause geflogen. Ich war froh, daß ich Weihnachten dieses Jahr mit meinen Eltern in Stockholm feiern konnte. Wir hatten uns ein kleines, gemütliches Appartement auf Kungsholmen gemietet.

Am 24. Dezember waren meine Eltern und ich bei meiner schwedischen Familie zum Mittag eingeladen. Als wir ankamen war die gesamte Familie mit Großeltern und Geschwistern schon versammelt. Wir wurden herzlich empfangen und man freute sich sehr über die »Eberswalder Knüppelsalami« (es gibt doch hier keine vernünftige Wurst). Da meine Gasteltern, die Großmutter und der Bruder deutsch sprechen können, war es für meine Eltern kein Problem, sich zu unterhalten.

Zum Mittagessen gab es ein Fischbuffet mit Lachs, vielen verschieden eingelegten Herings, Käse, Weihnachtsbrot, und verschiedenen Soßen zum Fisch. Sehr lecker war auch das »Janssons Frestelse«, ein Auflauf aus Kartoffeln, Anchovis und süßer Sahne. Dazu wurde Weihnachtsbier und Aquavit getrunken. Sogar von den Weihnachtsbräuchen bekamen wir etwas mit. Denn mein Gastvater erklärte meinen Eltern und mir, daß man ißt, singt und trinkt, was dazu führte, daß alle am Tisch ihr Glas in die Hand nahmen und ein Weihnachtslied sangen und danach einen Schluck tranken. Dann wurde weitergegessen bis wieder das Glas erhoben wurde und man anfang zu singen. Nach dem langen Essen fanden sich dann alle, pünktlich um 3 mit Glögg und Pepparkakor im Fernsehzimmer ein und schauten »Kalle Anka und seine Freunde« (Kalle Anka ist der Donald Duck). Die Schweden haben seit 40 Jahren den Brauch an Weihnachten über eine Stunde Ausschnitte aus bekannten Disney Klassikern zu sehen. Die jedes Jahr die gleichen sind. Aber wir sehen uns ja auch in jedem Jahr das Gleiche an, »Dinner for One«. Nach »Kalle Anka« fuhr ich mit meinen Eltern wieder zurück nach

Stockholm, so daß jede Familie den Weihnachtsabend für sich feierte.

Ein weiterer lustiger Brauch ist, daß die Schweden leicht angetüdel um den Weihnachtsbaum tanzen und dazu singen. Es muß herrlich aussehen. Schade daß ich das nicht zu sehen bekam. Zum Abendbrot wird dann das traditionelle »Julbord« aufgetischt mit »Julskinka« Weihnachtsschinken, »Julkorv« Weihnachtswurst, »Julköttbullar« Weihnachtsfleischbällchen, »Janssons Frestelse«, Weihnachtsbrot und vielen verschiedenen Senfsoßen. Zuerst ißt man wieder kalt, und zwar Fisch, und dann die ganzen warmen Gerichte. Das gleiche essen die Schweden dann auch noch am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag. Zu Heiligabend kommt wie bei uns der Weihnachtsmann und verteilt die Geschenke oder sie werden unter den festlich geschmückten Tannebaum gelegt.

Ich konnte also ganz gemütlich Weihnachten im Kreise meiner Familie feiern und meinen Eltern in den nächsten Tagen noch Stockholm zeigen. Am 31. Dezember reisten sie ab und im Gegenzug kam meine Freundin Sophie für eine Woche zu Besuch.

Mit ihr und zehn weiteren Aupair-Freunden feierte ich dann traditionell schwedisches Silvester im Skansen. Das Skansen ist ein Freilichtmuseum mit vielen Häusern aus verschiedenen Epochen der schwedischen Geschichte. Deutsche Bräuche wie Karpfenessen, Bleigiessen und »Dinner for One« kennen die Schweden nicht. Wir mußten feststellen, daß Silvester hier nicht wirklich wichtig zu sein scheint. Als wir kurz vor 24 Uhr auf dem Festplatz des Skansen ankamen, bekamen wir gerade noch den letzten Programmpunkt mit. Als es dann endlich soweit war, zählte man im Skansen statt von 10 bis 0, von 0 bis 12 – und keiner zählte mit. Aber es soll wohl eigentlich auch in Schweden von 10 bis 0 runtergezählt werden. Wir Mädels freuten uns, umarmten uns, jubelten und stießen mit Sekt an. Die Schweden dagegen zeigten kaum eine Reaktion. Dann folgte ein Feuerwerk von gerademal fünf Minuten und danach eine kleine Neujahrsrede und dann war Schluß. Um 0.15 Uhr stürmten fast alle Besucher wieder vom Festplatz zum Ausgang. Wir waren enttäuscht vom traditionellen, schwedischen Silvester und feierten dann bei Freunden zu Hause weiter. Allerdings mußten wir alle ganz begeistert feststellen, daß wir vor einem Jahr uns noch nicht hätten vorstellen können unser nächstes Silvester in Stockholm zu feiern.

Hejdå sagen

Sophie, Feli (meine Mitgehilfen) und Marie

Bürgerpost-Autoren 2007:

Dank für ein erfolgreiches Jahr

Die 150. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« im Juli 2007 stellte für unsere Zeitung im vergangenen Jahr zweifellos einen Höhepunkt dar. Die erste »Bürgerpost« erschien im September 1995 mitten in der ersten politischen Nachwendekrise in Eberswalde. Der damals neu gewählte Bürgermeister erwies sich bald als respektabler Fehlgriff. Die Ursachen der 95er Krise wirkten fort und brachen zehn Jahre später erneut offen aus. Die »Barnimer Bürgerpost« begleitete mit ihren Mitteln die Lösung dieser Krise. An zum Teil hinterhältigen Versuchen, unsere Zeitung zum Verstummen zu bringen, hat es nicht gefehlt. Am Ende gar mittels einer Strafanzeige (vgl. »Kein Mau(e)lkorbzwang« in BBP 7/2007). Das Konzept der »Bürgerpost« bewährte sich auch unter diesen Umständen und wird sich auch künftig bewähren.

Garanten dafür sind unsere Autorinnen und Autoren, derer sich 119 an der inhaltlichen Gestaltung der zwölf 2007er Ausgaben unserer »unabhängigen Leserzeitung« beteiligten. Das sind im sechsten Jahr in Folge 100 oder mehr Autorinnen oder Autoren (2002: 100, 2003: 105, 2004: 100, 2005: 108, 2006: 124). Unser Dank gilt:

Dr. Siegfried Adler, Otto Baaz, Heike Becker, Cornelia Behm, Thomas Berg, Kurt Berus, Günter Bochow, Birgit Bolz, Helmut Braunschweig, Veronika Brodmann, Christine Buchholz, Dagmar Capell, Prof. Dr. Johannes Creutziger, Lothar Danner, Karl Diedrich, Prof. Dr. Jürgen Elsner, Dr. Dagmar Enkelmann, Rudolf Fenner, Andreas Fennert, Dr. Hans-Jürgen Fischbeck, Ute Frey, Daniel Fuchs, Thomas Gädicke, Kurt Gempin, Patrick Geruhn, Reinhard Geyer, Johannes Giebertmann, Hanns-Peter Giering, Thomas Gilles, René Gloede, Florian Görner, Dr. Eckhard Groll, Falko Haak, Benny Haerlin, Anita Hänel, Werner Hartmann, Axel Heinzl-Berndt, Manuela Henkel, Gerd Herrmann, Waldemar Hickel, Martin Hoeck, Günter Hof, Dr. Steffen Hultsch, Kai Jahns, Dr. Elvira Kirschstein, Thorsten Kleinteich, Holger Kliche, Ruth Klüger, Dr. Helmut Koch, Ingeborg Kolodzeike, Dieter Korte, Kurt Kretschmann, Birgit Kühn, Anna-Maria Kulicke, Veiko Kunkis, Karl-Dietrich Laffin, Marie Lange, Wilhelm Lange, Hartmut Lindner, Andy Losch, Dr. Gesine Löttsch, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Prof. Dr. Jörn Mallok, Udo Markmann, Dorothea Martin, Jürgen Klaus Meißner, Tom Meyer, Michael, Bärbel Mierau, Heike Müller, Nils Naber, Jan Noack, Rainer Niemsch, Martin Oberkinkhaus, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Felix Pfortner, Wolfgang Pieper, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Anka Rahn, Christian Rehmer, Katja Resagk, Rolf Richter, Erika Ritter, Wolfgang Sachse, Dr. Heinz Schäfer, Markus Schaefer, Klaudia Schlette, Jörg Schneiderreit, Philipp Schöning,

Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Andreas Splanemann, Stefan Stahlbaum, Dr. Andreas Steiner, Maria Strauß, Karin Stucke, Anita Tack, Dr. Rainer Thiel, Joachim Tonndorf, Frank Töpfer, Norbert Trenkle, Albrecht Triller, Dr. Frank Valentin, Karin Wagner, Sebastian Walter, Rainer Weigt, Linda Wegner, Karl-Heinz Wenzlaff, Katarzyna Werth, Dr. Magdalene Westendorff, Reinhard Wienke, Hans-Dieter Winkler, Birgit Wöllert, Frank Wruck, Carsten Zinn und Günter Zürner.

Daneben kamen Bürgerinitiativen wie die »für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V.«, »gegen eine Schnellstraße zwischen Eberswalde und Bad Freienwalde«, »gegen den Ausbau des Flugplatzes Finow«, der »Baumschutzstamm-tisch«, das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«, die »Eberswalder Montagsdemo«, die »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB), die »Theo Steil GmbH«, die »Bürgerstiftung Barnim Uckermark«, das »Kinder- und Jugendparlament Eberswalde«, »Mühle e.V.«, die »AG Umwelt bei der Linken Barnim«, die »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Barnim«, das »Netzwerk Linke Opposition« (NLO), das »Energie-sparkontor Barnim«, die Pressestelle der Stadt Eberswalde, die WITO GmbH und weitere Initiativen, Vereine und Einrichtungen zu Wort.

Dafür, daß unsere Zeitung bei ihren Leserinnen und Lesern kommt, sorgen unsere fleißigen Verteiler. Ihnen ebenfalls unser Dank.

Die »Barnimer Bürgerpost« gibt es auch im Internet – unserem Konzept entsprechend auf dezentral betreuten Seiten: www.barnimer-buergerpost.de, www.psverlag.de/bbp, www.barblog.de/barnimer-buergerpost, bbp.aki-stuttgart.de, de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum. Letztere ist die Startseite für das BBP-Forum, der eMail-Diskussions- und Informationsliste für Abonentinnen und Abonnenten der »Barnimer Bürgerpost« (Anmeldung mit eMail an: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de), in dem es 2007 insgesamt 885 Wortmeldungen gab.

Dank gilt selbstverständlich auch jenen, die mit ihren Spenden zur Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Zeitung beitragen. Wie immer zum Schluß unser Aufruf, die »Barnimer Bürgerpost« auch weiterhin mit Spenden und persönlicher Mithilfe als Autor, in der Redaktion oder beim Vertrieb zu unterstützen.

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Mitgliederversammlung

Der Verein Barnimer Bürgerpost e.V. trifft sich am 25. Januar, 17 Uhr, im Bürohaus Ulrich-Speicher (Fr.-Ebert-Str. 12) um den Vorstand neuzuwählen, über eine Satzungsänderung zu beraten und die Finanz- und Arbeitspläne für das Jahr 2008 zu beschließen.

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressegesez (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Mühlenkalender 2008 AG Schule/Bildung

Die ausgewählten 12 Motive unter dem Titel »Hochform« vermitteln einen Querschnitt aus dem breiten Spektrum individueller Handschriften, Motive und Techniken unserer Vereinsmitglieder. Obwohl oder gerade weil der Kunstverein »Mühle e.V.« vor der schwersten Bewährungsprobe seiner 17jährigen Geschichte stand, liefen die Vereinsmitglieder zu wahrer Höchstform auf.

Auch einige langjährige Mitglieder, die inzwischen in andere Regionen gezogen sind, zeigen durch Beiträge ihre enge Verbundenheit mit der Mühle.

»Hochform« – das war der Titel unserer letzten Vereinskunstaussstellung und einige der hier abgebildeten Arbeiten waren dort als Exponat zu sehen. Wir verbinden mit dem Kalendermotto gleichzeitig auch den Wunsch für alle Freunde und Förderer der Zainhammer Mühle auf ein erfolgreiches Jahr 2008.

Wir bedanken uns bei den Sponsoren, ohne die dieser Kalender nicht zustande gekommen wäre: Orthopädiemeister Wolfgang Wassberg, Juwelier & Goldschmiede Inez Lanowski, Forstapotheke, Telta Citynetz GmbH, Weinkontor/Alte Ofenfabrik, UHT Umschlagtechnik und Hafentechnik GmbH, Versicherungen & Immobilien Marco Wolff, Wiese Backwaren GbR, Schweiß- und Industrieservice Kulicke & Mai GbR, Fahrschule Bernd Krause.

ECKHARD GROLL,
Kunstverein Die Mühle e.V.

Wir rufen alle an Schul- bzw. Bildungspolitik Interessierten der LINKEN im Barnim auf, gemeinsam mit uns, eine »Arbeitsgemeinschaft Schule/Bildung« ins Leben zu rufen. Ziel dieser AG soll die aktive Beteiligung an der Meinungsfindung im Kreisverband Barnim zur Bildungspolitik von Kindertagesstätte über Schule bis hin zu Berufsschule und Studium sein. Gleichzeitig soll die AG vorhandenes Wissen der Fachleute in diesem Bereich besser vernetzen. Hierbei denken wir an die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher, Abgeordneten und sachkundigen EinwohnerInnen in den Sozial- und Bildungsausschüssen und selbstverständlich an alle anderen interessierten SympathisantInnen und Mitglieder der Partei Die Linke.

Die Gründungsversammlung findet am 16. Januar 2007 um 17 Uhr im Bürgerzentrum der LINKEN (2.Etage), Breite Straße 46 in Eberswalde statt. Kontakt: 03334/384737, Email: rawun@gmx.de oder sebastian_walter@web.de.

SEBASTIAN WALTER und
RALF WUNDERLICH

Freie Oberschule Finow

Ab August 2008 für Schüler/innen ab Klasse 7:

- Ganztagschule
- berufsorientiert
- individuelle Förderung

Biesenthaler Straße 14-15, 16227 Eberswalde
Kontakt: Hartwin Schulz, Tel: 03334/383930

Barnimer Kulturpreis

Die Theatergruppe »Akzent« des Jugendmigrationsdienstes im Landkreis Barnim erhält den Barnimer Kulturpreis 2007. Der von bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gestiftete Preis ist mit 750 Euro dotiert.

Die Jury hatte die Qual der Wahl unter mehreren qualitativ hochwertigen Bewerbungen. Die Entscheidung fiel schließlich für das Theater, da es einen besonderen Farbtupfer in der Barnimer Kulturlandschaft darstellt und mit seinen Aufführungen inzwischen eine beachtliche künstlerische Qualität erreicht.

Das Theaterensemble besteht überwiegend aus jungen Erwachsenen russischer Muttersprache, die seit längerem im Barnim leben. Von 1997 an wird jährlich mindestens ein Stück aus den unterschiedlichsten Genres – vom Lustspiel bis zum Drama – in ehrenamtlicher Arbeit inszeniert und aufgeführt. Gepröbt und gespielt wird im ehemaligen Rockbahnhof in Finow und an verschiedenen Gastspielorten.

Darüber hinaus bietet das Theater Workshops und Trainings an, die z.B. während der Interkulturellen Woche im Landkreis oder auf Festen organisiert werden. Mit seiner Arbeit leistet das Theaterensemble einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der sprachlichen und sozialen Kompetenzen der Zuwanderer und zu einem aufgeschlossenen Miteinander der Barnimer Bürger.

Die Preisverleihung wird anlässlich eines Auftritts der Theatergruppe im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Guten Morgen Eberswalde« Anfang 2008 stattfinden.

Prof. JOHANNES CREUTZIGER, Vorsitzender
Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:
2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: AfW, Archiv (2), Attac Markmann, Triller (2), Wenzlaff

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 5. Januar 2008

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.2.2008, 12 Uhr.